

Deutschland einig Einwanderungsland?

Eruierung über die Einwanderungslage

In Deutschland



Verfasser: Dipl. Sozialpädagoge Manfred Thiele, Berlin, 2015

Vorwort

In den letzten Monaten spitzte sich die Diskussion über die Einführung eines Einwanderungsgesetzes für Deutschland dramatisch zu.

Dabei wird die Diskussion in der Öffentlichkeit nicht immer sachgerecht durchgeführt und manch Kritiker einer kontrollierten Einwanderungspolitik mit rechtem Gedankengut assoziiert.

Umgekehrt stehen Befürworter einer „ungehemmten Einwanderungspolitik“ die subjektiven Ängste vor einer „Überfremdung“ in Deutschland entgegen.

Deshalb fasste der Autor die aktuellen Statistiken des Mikrozensus, Zensus 2011 und vieler Behörden zusammen, um ein möglichst objektives Bild anhand empirisch gesicherter erhobener Daten zu erhalten.

Der Autor versuchte in dieser eher populärwissenschaftlichen Abhandlung mit einfachen Worten und vielen Zitaten von Wikipedia die Abhandlung in einem verständlichen Sprachstil zu verfassen.

Es ist dem Autor klar, dass das Zahlenmaterial je nach Interpretation für oder gegen eine Auswanderung verwendet werden kann.

Eines steht aber fest: Ohne validen Zahlen ist eine sachgerechte Debatte zu einem teilweise emotionsgeladenen Thema nicht möglich.

Im Glauben daran, Vorurteile bestätigt oder abgebaut zu haben, wurde diese Abhandlung verfasst und der Autor besteht auch nicht darauf, dass die hier geschlossenen Rückschlüsse zu 100 % übernommen werden. Dieses wäre einer gesunden Streitkultur im Gegenteil abträglich.

Anmerkung: Der Autor steht keiner Regierungsinstitution oder Partei nahe.

Inhalt

1 Definition: Einwanderungsland	4
1.1 Ist Deutschland ein Einwanderungsland?	4
1.1.1 Überprüfung des Begriffs Einwanderungsland an Zahlen aus der Statistik	4
1.1.2 Menschen mit Migrationshintergrund nach dem Mikrozensus.....	6
1.1.3 Verteilung der Migranten und Ausländer in alten und neuen Bundesländern in Tabelle einschließlich Erwerbstätige und Erwerbslose beruhend auf Zahlen des Mikrozensus 2011	8
1.1.4 Einwanderung unter Berücksichtigung des Geschlechts	9
1.1.5 Alterspyramide	10
1.1.6 Chronologie der „Einwanderung“ in Deutschland	12
1.1.7 Menschen mit islamischen Hintergrund und Problematiken bei der Integration.	16
1.1.8 Überprüfung des Vorwurfes mangelnder Integration von Frauen mit islamischen Hintergrund	18
1.1.9 Bedeutung von Ausländern aus wirtschaftlicher Sicht, Ausbildung und Facharbeiter	24
2 Ausländer in Bezug auf Kriminalität und Terrorismus.....	29
3.0 Fazit	33
Quellennachweise	34
Tabellen	35

1 Definition: Einwanderungsland

„Der Begriff Einwanderungsland beschreibt einen Staat, dessen Bevölkerung durch Einwanderung von Personen aus anderen Ländern stark anwächst oder in dem Einwanderer einen wesentlichen Teil der Bevölkerung stellen. Der Begriff wird zum Teil als politisches Schlagwort gebraucht.“¹

1.1 Ist Deutschland ein Einwanderungsland?

„Deutschland ist mit Stand 2012 nach den Vereinigten Staaten das zweitbeliebteste Einwanderungsland der Welt. In Deutschland leben Einwanderer aus 194 Ländern. Im Jahr 2011 ergibt sich ein Gesamtanteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Sinne der amtlichen Statistik (d. h. seit 1949 von außerhalb in das heutige Bundesgebiet eingewanderte Personen und deren Nachkommen) von etwa 19 Prozent (15 Millionen Einwohner) und einen Gesamtanteil der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit von 8,3 Prozent (6,6 Millionen Einwohner). Nach Ansicht von Statistikern ist Deutschland bereits seit Jahrzehnten als Einwanderungsland anzusehen.“²

1.1.1 Überprüfung des Begriffs Einwanderungsland an Zahlen aus der Statistik

Tabelle: Ausländer nach Staat der Staatsangehörigkeit

Insgesamt	80.209.997
Deutschland	74.029.984
Europa	4 970 233
Afrika	235 256
Amerika	186 092
Asien	726 846
Australien und Ozeanien	9 744
Sonstige Welt	4 858
Sonstige Ausprägungen staatenlos	46 984
ungeklärt	11 298
ohne Angabe	138
	35 548

Quelle: Zensus 2011

In Deutschland leben nach der letzten Volkszählung 80.209.997 Millionen Menschen. Davon sind 39.140.044 männlich und 41.069.953 weiblich.³

Insgesamt leben 74.029.984 deutsche Staatsangehörige in Deutschland. Davon sind 36.044.054 deutsche Männer und 37.985.930 deutsche Frauen.

4.970.233 stammen aus Europa, wobei hier die Türkei mit 1.505.305 als EU-Beitrittskandidat mit eingerechnet ist.

¹ Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Einwanderungsland>, 2015

² ebenso

³ Quelle: Zensus 2011

Vergleich mit den Einwanderungsländern Frankreich und England der ausländischen Staatsbürger

Als Vergleichszahlen werden hier die aktuellen Zahlen vom Zensus 2011 in Frankreich und England herangezogen:

Tabelle: Migranten im United Kingdom ⁴

Migration/ethnic group	United Kingdom
All usual residents	63.182.178
Migrants: Total	7.592.798
Ethnic group other than 'White': Total	8.171.819

Dieses entspricht bei den Ausländern einen Prozentsatz von 12,0 % oder bei Berücksichtigung der anderen als weiße-Gruppe 12,93 %. Unverständlich ist, dass in Deutschland die Statistiken aus England ignoriert werden und in Deutschland in der Diskussion nicht valide und veraltete Zahlen verwendet werden, die den Eindruck erwecken, dass in Deutschland prozentual mehr Ausländer leben, als im klassischen Einwanderungsland England.

Frankreich liegt mit 5,8 Millionen Einwanderer bzw. 8,8 Prozent etwa 0,5 % über Deutschland.⁵

⁴Quelle: <http://www.ons.gov.uk/ons/interactive/uk-census---twin-population-pyramids/index.html>, ONS Crown Copyright Reserved [from Nomis on 17 February 2015], UKMIG008 - Migration

⁵Quelle: http://www.insee.fr/fr/themes/theme.asp?theme=2&sous_theme=5&nivgeo=0&nivgeo=98&produit=OK, Institut national de la statistique et des études économiques

1.1.2 Menschen mit Migrationshintergrund nach dem Mikrozensus

Aus dem o. a. Zensus von 2011 wird schnell erkennbar, dass hier der starre Begriff der Ausländer verwendet wird, der sich grob betrachtet auf die zählweise nichtdeutscher Staatsangehöriger im Vergleich Staatsangehöriger nach Artikel 116 GG bezieht.

Weitaus aussagekräftiger sind die Erhebungen des Mikrozensus, die wie folgend beschrieben differenzierter Menschen einteilt:

„In der Abgrenzung des Mikrozensus zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund

- Ausländer und Eingebürgerte unabhängig davon, wo sie geboren sind (oder ob sie eine weitere Staatsangehörigkeit zur deutschen besitzen),

- Deutsche mit und ohne weitere Staatsangehörigkeit, wenn sie zwar im Inland geboren sind, aber mindestens ein Elternteil ein Ausländer, Eingebürgerter oder Spätaussiedler ist.

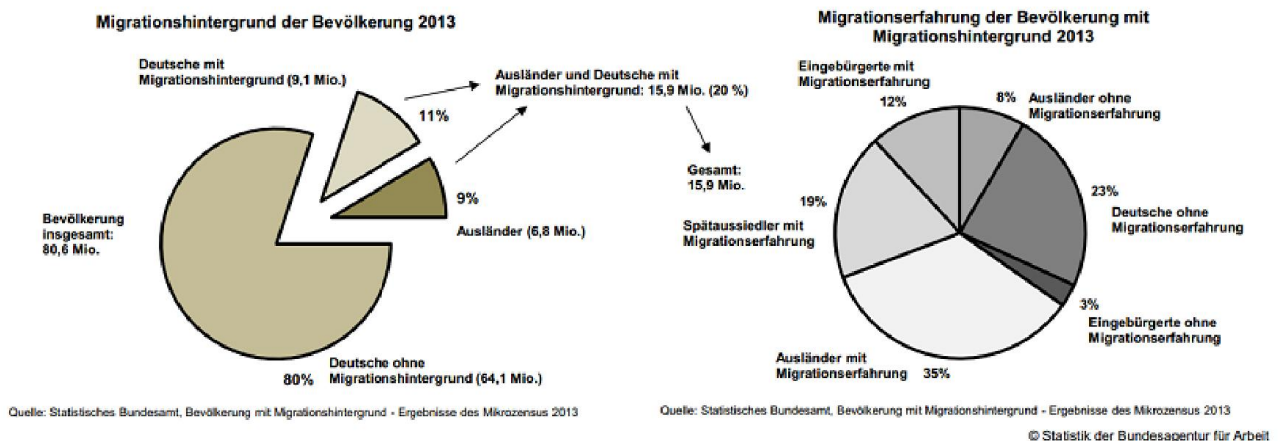
Personen mit Migrationshintergrund lassen sich weiter danach unterscheiden, ob sie im Ausland oder im Inland geboren sind. Die Personen, die im Ausland geboren wurden, werden auch

als Personen mit Migrationserfahrung oder als Migranten im engeren Sinne bezeichnet.

Deutsche, die nicht selbst im Inland geboren sind – z.B. Kinder von temporär im Ausland

lebenden deutschen Eltern –, gelten in der Abgrenzung des Mikrozensus als Personen ohne Migrationshintergrund.“⁶

Zum Verständnis der Zählung wird hier eine Visualisierung der Bundesagentur für Arbeit dargestellt, die auf Zahlen des Mikrozensus 2013 basiert⁷:



Demnach sind 20 % der Bevölkerung Ausländer (6,8 Mill EW) und Deutsche mit Migrationshintergrund (9,1 Mill EW). Von den 15,9 Mill EW sind 19 % Spätaussiedler, die ab 1949 gezählt wurden und in den letzten Jahrzehnten des vorherigen Jahrhunderts ihren Höhepunkt der Einwanderung hatten.

⁶ Arbeitsagentur, Seite 5, PDF, Analyse des Arbeitsmarktes Dez. 2014

⁷ ebenso

Das statistische Bundesamt veröffentlichte eine einfache Tabelle zum schnellen Überblick, die hier fast unverändert übernommen wurde⁸:

Tabelle: Bevölkerung 2013 nach Migrationsstatus und Geschlecht								
(in 1 000)								
Geschlecht	Bevölkerung							
	insgesamt	ohne Migrations- hintergrund	mit Migrations- hintergrund im weiteren Sinn	mit Migrations- hintergrund im engeren Sinn				
				zusammen	Deutsche		Ausländer	
					mit	ohne	mit	ohne
					eigene(r) Migrationserfahrung			
Insgesamt	80 611	64 074	16 538	15 913	5 001	4 085	5 489	1 338
Männer	39 454	31 162	8 292	7 984	2 387	2 125	2 748	723
Frauen	41 157	32 911	8 246	7 930	2 614	1 960	2 741	615

⁸<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Tabellen/MigrationshintergrundGeschlecht.html;jsessionid=EFD2A788219D5E1BB298B5EDDEFB6411.cae1>

1.1.3 Verteilung der Migranten und Ausländer in alten und neuen Bundesländern in Tabelle einschließlich Erwerbstätige und Erwerbslose beruhend auf Zahlen des Mikrozensus 2011

Bundesland					Erwerbslosenquote
	absolut	in %	Erwerbstätige	Erwerbslose	bezogen auf Erwerbstätige
Deutschland	81.754	100	39.869	2.504	5,9
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	15.962	19,5	7.056	741	9,5
darunter: Ausländer	7.191	8,8	3.565	451	11,2
Schleswig-Holstein	2.836	100	1.360	85	5,9
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	352	12,4	150	19	11,2
darunter: Ausländer	145	5,1	65	9	12,2
Hamburg	1.792	100	905	52	5,4
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	483	27	218	22	9,2
darunter: Ausländer	242	13,5	125	13	9,4
Niedersachsen	7.917	100	3.778	223	5,6
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	1.386	17,5	601	63	9,5
darunter: Ausländer	532	6,7	245	32	11,6
Bremen	660	100	302	26	7,9
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	186	28,2	72	12	14,3
darunter: Ausländer	83	12,6	33	8	19,5
Nordrhein-Westfalen	17.837	100	8.268	563	6,4
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	4.316	24,2	1.799	225	11,1
darunter: Ausländer	1.874	10,5	835	139	14,3
Hessen	6.073	100	3.011	149	4,7
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	1.539	25,3	705	59	7,7
darunter: Ausländer	678	11,2	356	34	8,7
Rheinland-Pfalz	4.000	100	1.945	98	4,8
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	764	19,1	343	29	7,8
darunter: Ausländer	308	7,7	157	16	9,2
Baden-Württemberg	10.765	100	5.507	206	3,6
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	2.822	26,2	1.336	88	6,2
darunter: Ausländer	1.275	11,8	682	57	7,7
Bayern	12.557	100	6.516	223	3,3
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	2.470	19,7	1.201	73	5,7
darunter: Ausländer	1.187	9,5	670	46	6,4
Saarland	1.017	100	457	20	4,1
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	184	18,1	78	9	10,3
darunter: Ausländer	86	8,5	41	6	13
Berlin	3.475	100	1.618	219	11,9
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	863	24,8	332	84	20,2
darunter: Ausländer	474	13,6	212	58	21,6
Neue Bundesländer ohne Berlin	12.826	100	6.834	48,4	9,2
darunter: Personen mit Migrationshintergrund	598	4,7	222	57	20,4
darunter: Ausländer	308	2,4	144	36	20

Quelle: Arbeitsagentur, verkürzte Darstellung, Seite 6, PDF, Analyse des Arbeitsmarktes Dez. 2014

1.1.4 Einwanderung unter Berücksichtigung des Geschlechts

Im Sinne einer Einwanderung, die den sozialen Frieden wahrt, muss auch eine Berücksichtigung des Geschlechts erfolgen, die das Bevölkerungswachstum optimal unterstützt.

Deshalb wird anhand des Mikrozensus 2013⁹ das Geschlecht ausführlich nach Altersgruppen dargestellt:

Personen	Geschlecht	Insgesamt	Unter 5	5 – 10	10 – 15	15 – 20
Bevölkerung insgesamt	m	39.454	1.717	1.794	1.940	2.058
	w	41.157	1.643	1.705	1.817	1.933
Personen ohne Migrationshintergrund	m	31.162	1.109	1.162	1.342	1.469
	w	32.911	1.079	1.104	1.252	1.395
Personen mit Migration im weiteren Sinn	m	8.292	608	632	598	588
	w	8.246	564	602	565	539
Personen mit Migration im engeren Sinn	m	7.984	601	618	581	571
	w	7.930	557	591	554	519
Ausländer	m	2.748	20	36	35	50
	w	2.741	26	41	49	70 — mit derzeitiger Staatsangehörigkeit
(Spät-)Aussiedler	m	1.481	12	15	22	44
	w	1.625	9	13	24	38

Erläuterung: rot Männerüberschuss – gelb Frauenüberschuss

Personen		20-25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	Durchschnittsalter 0 - 95
Bevölkerung insgesamt	m	2.368	4.938	5.318	6.666	5.212	43,0
	w	2.232	4.890	5.214	6.544	5.475	45,6
Personen ohne Migrationshintergrund	m	1.761	3.638	3.978	5.567	4.432	45,3
	w	1.678	3.529	3.837	5.494	4.634	48,1
Personen mit Migration im weiteren Sinn	m	607	1.300	1.341	1.099	780	34,5
	w	554	1.361	1.377	1.051	841	35,5
Personen mit Migration im engeren Sinn	m	558	1.189	1.267	1.080	779	34,7 — mit derzeitiger bzw. früherer Staatsangehörigkeit
	w	498	1.241	1.309	1.032	839	35,8
Ausländer	m	153	513	629	532	359	44,0
	w	146	592	673	477	387	42,9
Spät-Aussiedler	m	87	283	246	280	260	46,3
	w	84	282	257	303	275	48,9

Erläuterung: rot Männerüberschuss – gelb Frauenüberschuss

⁹ Mikrozensus 2013

Erläuterung der Tabelle

Diese Tabelle dient dem Zweck festzustellen, in wie weit heute und in der zukünftigen Entwicklung ein Zuzug von Ausländern benötigt wird, um ein ungefähres Gleichgewicht der männlichen und weiblichen Bevölkerung im Sinne der heterosexuellen Vermehrung sicherzustellen.

Dabei ist es auffällig dass in der Altersgruppe 0 – 20 einen Männerüberschuss gibt. Dieser Trend konnte auch durch einen Zuzug einer höher liegenden weiblichen Rate bei Ausländern ausgeglichen werden – da diese einen Bruchteil der Bevölkerung betragen...

Dieser Trend setzt sich zurzeit bei den 20 – 25-jährigen deutlich durch. So ist die Perspektive für die männlichen Jugendlichen und Kinder auf eine Familie mangels Partnerin ein realistisches Szenario.

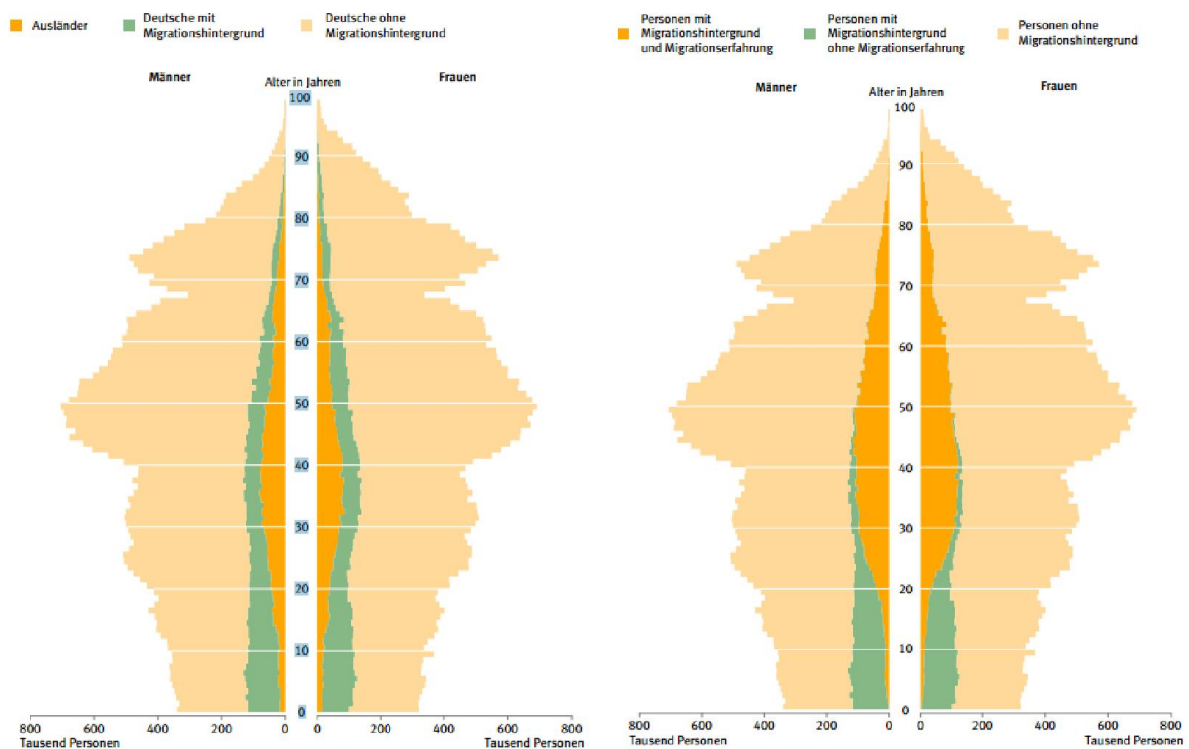
Als Zwischenfazit kann festgestellt werden, dass bei einer verantwortungsvollen Integrationspolitik auch das Geschlecht der Einwanderer und Einwanderinnen berücksichtigt werden sollte.

Ein Umstand auf den der Autor dieser Abhandlung seit Jahren vergeblich hinweist.

1.1.5 Alterspyramide

Während im letzten Kapitel die Altersstruktur eruiert wurde, steht nun die sogenannte Alterspyramide im Fokus der Betrachtung.

Die Daten und Abbildung entstammen dem Mikrozensus 2013¹⁰:



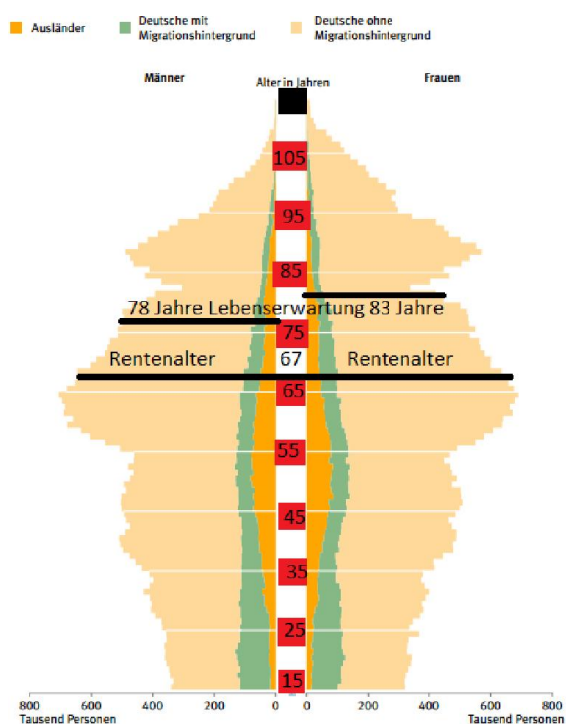
¹⁰ Quelle: Abb1 Alterspyramide 2013 nach Migrationshintergrund, Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.2, 2013

Der Autor zitiert zur Analyse der Bedeutung der Ausländer, Menschen mit Migrationshintergrund usw. Herrn Kruse¹¹ mit einer seiner Kernthesen:

„Die Zahl der Versicherten mit Auslandsbezug hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Aktuell ist ein hoher Zuwachs bei neuen ausländischen Versicherten in Folge der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU zu beobachten. In Zukunft wird daher die Zahl der Renten mit Auslandsbezug weiter ansteigen. Mittlerweile kommen die angeworbenen Ausländer der 60iger und 70iger Jahre vermehrt in das Rentenalter und erhöhen die Zahl der Renten mit Auslandsbezug.“

Die Lebenserwartung lag nach Wikipedia für neugeborene Jungen bei 77 Jahren und 6,3 Monate und für Mädchen bei 82 Jahre und 7,7 Monate.

Im Jahre 2040 (in 35) würde die Bevölkerungspyramide bei Nullsterblichkeit erst mal so aussehen¹²:



Eine einfache Erhöhung der Lebenspyramide um 15 Jahre zeigt im Jahr 2040 ein etwas entspannteres Bild. Der Autor gibt zu bedenken, dass durch Einwanderung am heutigen Tage auch ältere Einwanderer die Rentenempfänger von morgen sind und dieses natürlich mit dem heutigen Arbeitsmarkt nicht vereinbar wäre, der bereits über 3.800 000 Unterbeschäftigte hat.

Dann wären die Kinder der ersten Generation der Migranten, bei denen die Erwerbstätigkeitsquote nach bisherigen Erfahrungen geringer ist, auch nicht wirklich hilfreich.

¹¹ Edgar Kruse, Deutsche Rentenversicherung Bund, GB 0700 Finanzen und Statistik, Bereich 0760 Statistische Analysen, datei_kruse.pdf, S. 11

¹² Abb1 Alterspyramide 2013 nach Migrationshintergrund, Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.2 2013, verändert und ergänzt mit durchschnittlichen Lebensalter und Renteneintrittsalter

1.1.6 Chronologie der „Einwanderung“ in Deutschland

Jahrzeit	Vom „Gastarbeiter“ zum Eu-Mitglied und EU – Beitrittskandidaten auf Lebenszeit Türkei	Sonstige Integrationen, Verträge, Kommentare
1950	Die Ereignisse von den 50er Jahren werden durch zwei unterschiedliche Auffassungen sogar in Wikipedia dokumentiert:	11.935.000 Vertriebene in der Bundesrepublik Deutschland ¹⁵
1960	<p>These: „Die italienische Regierung wendet sich im September 1954 an den deutschen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard. Ihr Vorschlag: Um die italienische Wirtschaft und den überbevölkerten Süden des Landes zu entlasten und gleichzeitig den Mangel an Arbeitskräften in Deutschland zu beheben, sollen 100.000 bis 200.000 Italiener zur Arbeit nach Deutschland geschickt werden. So wird am 20. Dezember 1955 das deutsch-italienische Anwerbeabkommen über die Vermittlung von 100.000 italienischen Arbeitern nach Deutschland unterzeichnet.¹³“</p> <p>Darauf folgten Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland:</p> <p>1955 Italien 1960 Spanien und Griechenland 1960 Griechenland 1961 Türkei 1963 Marokko 1963 Südkorea 1964 Portugal 1965 Tunesien 1968 Jugoslawien</p> <p>Gegenthese: „Aufgrund des starken wirtschaftlichen Aufschwungs herrschte bereits 1955 in Teilbereichen der deutschen Wirtschaft Arbeitskräftemangel, so in der Landwirtschaft und im Bergbau. Ein Kabinettsprotokoll der Bundesregierung vermerkte 1955: „Angesichts nahezu erreichter Vollbeschäftigung und sogar drohenden Arbeitskräftemangels plante die Bundesregierung, durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte dem Arbeitskräftemangel zu begegnen und dadurch gleichzeitig auf künftige Lohnforderungen dämpfend zu wirken“. [1] Trotz der Anwerbeabkommen mit Italien 1955 sowie mit Spanien und Griechenland 1960 verschärfte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt jedoch weiter. So schrieb der SPIEGEL im Sommer 1959: „Der Kampf um die Arbeiter ist zu einer aufreibenden Dauerbeschäftigung geworden, in die sich Personalverwaltungen großer Industrieunternehmen verstrickt sehen wie kleinere Betriebe mit wenigen Beschäftigten“. [2] Arbeitsminister Theodor Blank sah 1959 keine Alternative zur Ausländerbeschäftigung, weil „trotz fortschreitender Rationalisierung und Mechanisierung der Produktionsverfahren in der Bundesrepublik weiterhin ein steigender Kräftebedarf zu erwarten sei.“ [3] Ab 1960 machten sich zudem die geburtenschwachen Jahrgänge der Kriegsgeneration bemerkbar und auch die Absenkung des Rentenalters verschärfte den Arbeitskräftemangel. Seit spätestens Ende der 1950er Jahre herrschte Vollbeschäftigung. Im Jahr 1960 standen 153.161 Arbeitslosen 487.746 offene Stellen gegenüber. Zudem waren die Gewerkschaften erstarkt und hatten hohe Lohnsteigerungen erkämpft. Die Reallohnsteigerung zwischen 1950 und 1960 betrug 67 %. [4] Ab 1956 begann die schrittweise Einführung der 40-Stunden-Woche (vorher: 48 Stunden), auch dies trocknete den Arbeitsmarkt weiter aus. Die Situation des Mangels änderte sich bis 1973 nicht. Die Arbeitslosenquote lag seit 1961 trotz Zuwanderung auf einem historisch niedrigen Stand, jeweils unter 1%, abgesehen vom Jahr der „kleinen Rezession“ 1967“¹⁴</p>	<p>These: „Entgegen der Annahme, die westdeutsche Anwerbepolitik sei ausschließlich den Bedürfnissen der Industrie gefolgt“, zeigt die wirtschaftsgeschichtliche Forschung inzwischen, „dass sämtliche Initiativen zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte von den Herkunftsländern... ausgingen“¹⁶</p> <p>„Ab 1961 bekamen türkische Arbeitssuchende die Möglichkeit, sich von deutschen Unternehmen anwerben zu lassen, auf der Grundlage des Anwerbeabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei betraf dies 678.702 Männer und 146.681 Frauen, also insgesamt 825.383 Menschen, als türkische Gastarbeiter.... Insgesamt bewarben sich so zwischen 1961 und 1973 über 2,6 Millionen Menschen um einen Arbeitsplatz in der Bundesrepublik“¹⁷</p> <p>Je nach Sichtweise der unterschiedlichen Betrachtungsweisen war die Wirtschaft maßgeblich beteiligt oder nicht. Dasselbe gilt für die Politik.</p> <p>Die Wahrheit dürfte dazwischen liegen. Der Autor warnt hier jedoch vor einem sich abzeichnenden Geschichtsrevisionismus: Unzweifelhaft war durch den Arbeitskräftemangel ein zeitlich beschränkter Aufenthalt von Gastarbeitern geplant, aber eindeutig ist dieses als zeitlich beschränkte Maßnahme definiert gewesen und nicht als „Einwanderung“ im klassischen Sinne.</p> <p>Deshalb darf hier auch der Begriff „Gastarbeiter“ als freundliche Umschreibung für „Billiglohnkraft auf Zeit verwendet“ werden.</p> <p>Eine echte Einwanderung hingegen wurde durch die Europaverträge geschaffen – für alle Einwanderer außer der Türkei, die als Beitrittskandidat oder mit einer privilegierten Freundschaft“ auf Lebenszeit verharren könnte.</p> <p>Entwicklung: Europäische Gemeinschaft¹⁸ 1957 Gründung EKGS, EWG und Euratom 1954/ 1955 Pariser Verträge 1957 Vertrag Rom 1965 Fusion zu europäischer Kommission und Ministerrat</p>

¹³ <https://www.planet-schule.de/wissenspool/zu-hause-in-deutschland/inhalt/hintergrund/gastarbeiter-im-westen-das-wirtschaftswunder.html>

¹⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Anwerbeabkommen_zwischen_der_Bundesrepublik_Deutschland_und_der_T%20C3%BCrkei

¹⁵ <http://de.wikipedia.org/wiki/Heimatvertriebene>

¹⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Anwerbeabkommen#cite_note-1

1970	3,9 – 4,5 Millionen Gastarbeiter Ende 70er Ölkrise 1973 und die damit verbundene Wirtschaftsflaute führten schließlich noch im selben Jahr zu einem völligen Anwerbestopp ¹⁹ 23.11.1973 Anwerbestopp und längere Verweildauer und eine verstärkte Familienzusammenführung	Anmerkung des Autors: Nachdem der wirtschaftliche Bedarf nicht mehr vorhanden war, kam es nun also zu gezielten „Abschiebemaßnahmen der Gastarbeiter“, aber auch zu zaghaften Versuchen einer Integrationspolitik in Form der Familienzusammenführung
1980	<i>Das politische Schlagwort multikulturelle Gesellschaft wird sowohl deskriptiv als auch normativ verwendet.[1] In Deutschland wurde der Begriff in der öffentlichen Diskussion um die Einwanderungspolitik Ende der 1980er Jahre bekannt. Der Begriff bezeichnet eine Vision einer Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Sprachen, Religionen und Ethnien friedlich zusammenleben.</i> ²⁰ <i>Siehe auch Leitkultur 2000</i>	Seit 1982 Rückkehrförderung mit goldenen Handschlag, Familiennachzugsbeschränkung. Anmerkung des Autors: Auch in den 80 er Jahren versuchte das Establishment sich der Gastarbeiter zu entledigen: Diesmal mit „Kopfgeldern“ für rückreisewillige Gastarbeiter Europa 1986/87 einheitliche Akte
1990	31.12.1995 Ca.7,17 Millionen Ausländer Türken: 2,014 Ehemalige Jugoslawien1,350 ²¹ „Am 11. Dezember 1999 erhielt die Türkei offiziell den Status als Beitrittskandidaten zuerkannt. Auf dem Gipfel von Kopenhagen 2002 beschloss die EU, im Dezember 2004 über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu entscheiden, sobald die Türkei die politischen Bedingungen der Kopenhagener Kriterien erfülle.[3] Als „beitrittswilliges Land“ nahm die Türkei 2002/2003 am Europäischen Konvent teil, der den Vertrag über eine Verfassung für Europa erarbeitete. Ein wichtiger Grund für die Erlangung des Status als Beitrittskandidat war der Beginn umfassender Reformen im türkischen Zivilrecht. Schon unter Bülent Ecevit (1999–2002) wurde eine Zivilrechtsreform durchgeführt, die vor allem die rechtliche Stellung der Frau verbesserte. Die Türkei stärkte auch die Menschen- und Freiheitsrechte (zum Beispiel Versammlungs- und Demonstrationsrecht). Die neue Regierung der Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan legte 2002 bei ihrem Amtsantritt ein Paket von Gesetzesänderungen vor, das u. a. die Abschaffung der Todesstrafe auch in Kriegszeiten, ein Verbot der Folter, das Ende der Straffreiheit für Polizisten, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit und Maßnahmen gegen die Unterdrückung der kurdischen Minderheit ebenso vorsieht wie den freien Gebrauch des Kurdischen, Kurdischunterricht und kurdische Hörfunk- und Fernsehkanäle.“ ²²	<i>Eine tatsächliche Umsetzung des Leitbilds einer multikulturellen Gesellschaft wie etwa in Kanada (siehe oben) hat es in Deutschland nie gegeben, unter der rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder ging jedoch u.a. die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts (Erleichterung der Einbürgerung, Einführung des Ius soli für in Deutschland geborene Kinder von Einwanderern) in diese Richtung.</i> ²³ <i>Nach den Ausschreitungen in Hoyerswerda und Rostock sowie dem Brandanschlag von Mölln änderte der Bundestag am 26. Mai 1993 das deutsche Asylrecht und führte die Drittstaatenregelung ein. Drei Tage später erfolgte der Brandanschlag in der westdeutschen Stadt Solingen. Bei dem Anschlag auf ein Zweifamilienhaus, das von Menschen türkischer Abstammung bewohnt war, starben fünf Menschen</i> ²⁴ <i>Anmerkung des Autors: Erst Ende der 90 er Jahre kam es im Rahmen der sich abzeichnenden EU-Freizügigkeit zu ernsthaften Versuchen der Bundesregierungen auf Einwanderung zu setzen. Auch spielte hier eine neue Bewertung der Bevölkerungspyramide eine nicht unerhebliche Bedeutung. Da sich die europäische Freizügigkeit anbahnte, wurde dabei eher auf die Gastarbeiter aus dem europäischen Raum gesetzt. 1992Weiterentwicklung durch den Vertrag von Maastricht (1992) Europa: 1997/99 Verträge von Amsterdam</i>
2000	<i>Leitkultur ist ein Begriff, der von dem Politologen Bassam Tibi in die politikwissenschaftliche Debatte eingeführt wurde, um einen gesellschaftlichen Wertekonsens zu beschreiben. Ab dem Jahre 2000 wird der Begriff in veränderter Weise in der politischen Diskussion im Zusammenhang mit dem Themenkomplex Zuwanderung und Integration von Einwanderern, bzw. als Gegenbegriff zum Multikulturalismus verwendet.</i> ²⁵ „Um die Wende zum 21. Jahrhundert bildete die Gruppe der ehemaligen Gastarbeiter und ihrer Nachkommen den größten Teil der Bürger mit Migrationshintergrund in Deutschland.[18] Weil	2006 -2013 Deutsche islamische Konferenz (DIK) zur Verbesserung der Integration der Muslime in Deutschland wird auf eine Initiative des Bundesinnenministers Schäuble ins Leben gerufen: Ziel und Inhalt: „Nach eigenen Angaben verfolgt das Bundesinnenministerium das Ziel, das Verhältnis zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen auf eine tragfähige Grundlage zu stellen und sie religions- und gesellschaftspolitisch besser zu integrieren. Es geht dabei nicht um das Verhältnis

¹⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Einwanderung_aus_der_T%C3%BCrkei_in_die_Bundesrepublik_Deutschland

¹⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Gemeinschaften#Abkommen_.C3.BCber_gemeinsame_Organe_vom_25._M.3.A4rz_1957

¹⁹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Gastarbeiter>

²⁰ http://de.wikipedia.org/wiki/Multikulturelle_Gesellschaft

²¹ Fachlexikon der sozialen Arbeit, 19797 , Herausgegeben vom deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge

²² http://de.wikipedia.org/wiki/Beitrittsverhandlungen_der_T%C3%BCrkei_mit_der_Europ%C3%A4ischen_Union#Anerkennung_als_Beitrittskandidat_.281999.E2.80.932004.29

²³ http://de.wikipedia.org/wiki/Multikulturelle_Gesellschaft

²⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Brandanschlag_von_Solingen

²⁵ <http://de.wikipedia.org/wiki/Leitkultur>

	<p>diese Gruppe eine so große und kulturell sichtbare Einwandergruppe ist, wurde in der Forschung vom "Mythos der Rückkehr" oder sogar von der "Illusion der Rückkehr" geredet,[19] was angesichts der tatsächlichen Rückkehr einer überwältigenden Mehrheit der Migranten (12 Millionen von 14 Millionen Arbeitsmigranten kehrten zurück) empirisch nicht haltbar ist".²⁶</p> <p>Kanzlerin Angela Merkel (CDU) erklärte 2004 und 2010 die multikulturelle Gesellschaft für „grandios gescheitert“²⁷ Europa: 2001 und 2003 Verträge von Nizza, 2007/2009 Lissabon 2002 Einführung des Euro als Buchgeld. Während die europäischen „Gastarbeiter“ im Rahmen der EU-Verträge vollwertige Eu-Bürger wurden, bleibt es bei der Türkei bei einer privilegierten Partnerschaft (2005)</p> <p>Das Wort Parallelgesellschaft wurde Anfang der 1990er Jahre von dem Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer in die Debatte um Migration und Integration eingebracht, wobei das Wort zunächst kaum Beachtung gefunden hat.[1] Im Jahre 1996 wurde es bereits gelegentlich, aber noch zögerlich verwendet.[2] Populär wurde das Wort erst in den Jahren 2003 und 2004.[1] Nach der Ermordung des islamkritischen Filmemachers Theo van Gogh am 2. November 2004 erfolgten im Lauf des Novembers Anschläge auf eine Koranschule sowie auf Moscheen, islamische Schulen und auch Kirchen in den Niederlanden. In der folgenden öffentlichen Kontroverse wurde zunächst in den Niederlanden, dann im übrigen Europa das Schlagwort „Parallelgesellschaft“ in den Massenmedien popularisiert. Es wurde oft mit der Auffassung kombiniert, dass die multikulturelle Gesellschaft gescheitert sei und die drohende Spaltung der Gesellschaft politisches Handeln erfordere. 2004 wurde das Wort Parallelgesellschaft aufgrund seiner häufigen Verwendung bei den Wörtern des Jahres von der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) auf den 2. Platz gewählt.²⁸</p>	<p>zwischen Islam und Christentum, sondern um das Verhältnis zwischen Staat und Religion.] Der Initiator Wolfgang Schäuble betont, Ziel der Deutschen Islam Konferenz sei es einen „institutionellen Rahmen für den Dialog zwischen Menschen muslimischen Glaubens und Vertretern aller Ebenen unseres Gemeinwesens“ zu schaffen um „die Integration der Muslime zu erleichtern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren.“ Er erklärte einfürend: „Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas, er ist Teil unserer Gegenwart und er ist Teil unserer Zukunft. Muslime sind in Deutschland willkommen. Sie sollen ihre Talente entfalten und sie sollen unser Land mit weiter voranbringen. Ziele:....Deutsche Gesellschaftsordnung und Wertekonsens (Gleichberechtigung, Familie, Erziehung, demokratische Kultur, Säkularisierung) Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis (Trennung von Kirche und Staat, religiöse Symbole, Moscheebau, Islamunterricht in deutscher Sprache) Wirtschaft und Medien als Brücke (Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, Analyse des Islambildes in Deutschland, Engagement für eine vorurteilsfreie und differenzierte Berichterstattung in den deutschen Medien)²⁹</p>
2010	<p>Exbundespräsident Wulf sagte: „ Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“ „52 Prozent an, dass sie die Ansicht des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff nicht teilen. Dieser hatte am Tag der deutschen Einheit im Jahr 2010 gesagt: "Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland." 44 Prozent geben Wulff der Erhebung zufolge recht“.³⁰</p> <p>Die europäische Union hat 28 Mitgliedsstaaten, 24 Amtssprachen und die Türkei als letztes Land mit dem größten Anteil der Gastarbeiter in den 60 er Jahren den Status als Beitrittskandidat.</p>	<p>Im März 2010 sprach sich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Staatsbesuch in Ankara gegen den EU-Beitritt der Türkei aus und plädierte stattdessen für eine „privilegierte Partnerschaft“.[22] Beim Besuch des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül im September 2011 in Deutschland bekräftigte Merkel ihre Position mit den Worten: „Wir wollen die Vollmitgliedschaft der Türkei nicht. Aber wir wollen die Türkei als wichtiges Land nicht verlieren.“³¹</p> <p>01.01.2014 Deutschland führt mit 10 Jahren Verspätung die uneingeschränkte Freizügigkeit für Arbeitnehmer der EU -Staaten ein...</p>
2015	<p>Frau Bundeskanzlerin Merkel sagt nach den islamischen Terroranschlägen in Frankreich: „Der Islam gehört zu Deutschland“³²</p>	<p>400 bis 600 Kämpfer gehen zum IS. Zur Zeit konnte der Autor nicht ermitteln, welche Staatsangehörigkeiten beteiligt sind</p>

²⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Gastarbeiter>

²⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Multikulturelle_Gesellschaft

²⁸ <http://de.wikipedia.org/wiki/Parallelgesellschaft>

²⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Islamkonferenz

³⁰ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/mehrheit-sieht-islam-nicht-als-teil-deutschlands-a-984708.html>

³¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Multikulturelle_Gesellschaft

³² Wie o. a. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-islam-gehört-zu-deutschland-a-1012578.html>

Zu (Spät-)Aussiedlern

Nach Wikipedia³³: „Von 1950 bis 2005 kamen als Aussiedler beziehungsweise Spätaussiedler in die Bundesrepublik Deutschland:

-aus der Sowjetunion und Nachfolgestaaten: 2.334.334

-aus Polen: 1.444.847 (die polnische Diaspora in Deutschland zählt insgesamt 2,5 Millionen Mitglieder)

- aus Rumänien: 430.101

- aus der Tschechoslowakei und Nachfolgestaaten: 105.095

- aus Jugoslawien und Nachfolgestaaten: 90.378

- aus sonstigen Gebieten: 55.716

- aus Ungarn: 21.411“

Fazit:

Auch bei objektiver Betrachtung der Zeit nach 1950 ist es nicht erkennbar, dass eine Einwanderungspolitik in Bezug auf die „Gastarbeiter“ vorlag.

Dieser Status wurde mit Arbeitsverträgen legitimiert durch Anwerbeabkommen auf Zeit in die Bundesrepublik Deutschland ausgestaltet (überwiegend männliche Gastarbeiter und bis in die 70 er Jahre überwiegend ohne Familie).

In den 70 er Jahren wurde dieses durch den Anwerbestopp 1973 und Anfang der 80 er Jahre durch Schaffung von finanziellen Anreizen für Rückkehrer gesetzlich historisch dokumentiert.

Im Rahmen der Freizügigkeit der EU-Verträge und den sich abzeichnenden mangelnden Bevölkerungsnachwuchs kam es erst ab 2014 zu einem nicht mehr geschlossenen Arbeitsmarkt in Deutschland.

Gleichwohl begann seit den 80 er Jahren auch ein Umdenken in unserer Gesellschaft, die nicht unwesentlich von den Grünen und ihrer Vorstellung von einer multikulturellen Gesellschaft propagiert wurde und in Reihen der konservativen Einwanderungsgegner in der These von der deutschen Leitkultur in den 90 er Jahren als Gegenreaktion mündete.

In den Anfangsjahren dieses Jahrhunderts wurde durch Herrn Schäuble der aufrichtige Versuch unternommen, einen Dialog auch mit islamischen Nachfahren der türkischen Gastarbeiter zu führen (deutsche islamische Konferenz).

Ob dieser Dialog fortgesetzt wird und erfolgreich unter Berücksichtigung der aktuellen IS-Diskussion weitergeführt wird, kann zum Zeitpunkt dieser Abhandlung noch nicht erörtert werden.

³³ http://de.wikipedia.org/wiki/Aussiedler_und_Sp%C3%A4taussiedler

1.1.7 Menschen mit islamischen Hintergrund und Problematiken bei der Integration.

In Deutschland leben ca. 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime. Der Bevölkerungsanteil liegt bei ca 5 %. Rund 45 % der Muslime sind dabei deutsche Staatsangehörige, rund 55 % besitzen eine andere Nationalität.

Bei den muslimischen Menschen mit türkischen Wurzeln beträgt der Anteil rund 63 %, welches ca. 2,5 Millionen Menschen ausmacht.³⁴

Laut Wikipedia werden folgende Problemzonen bei der Integration von islamischen Menschen angeführt:

„Einige innenpolitische Debatten werden oder wurden unter dem Schlagwort des „Multikulturalismus“ oder der „multikulturellen Gesellschaft“ geführt. Diese beziehen sich dabei in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern besonders oft auf muslimische Einwanderer sowie ihre religiösen und kulturellen Besonderheiten:

- *der **Kopftuchstreit***
- *die Debatte um Ganzkörperschleier (= Burka)*
- *die Frage, welche Einwanderungspolitik Deutschland betreiben sollte und wann man Einwandern die deutsche Staatsangehörigkeit gewährt (ius soli vs. ius sanguinis und die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft)*
- *die Diskussion um die religiös motivierte Beschneidung von männlichen Säuglingen, Kindern und Jugendlichen in Deutschland (Kindeswohl und Recht auf Körperliche Unversehrtheit vs. religiöser Brauch (Islam) oder Ritus (Judentum))*
- *der **Ehrenmord** oder*
- *die **Zwangsheirat**.“³⁵*

Viele der hier angesprochenen Probleme betreffen die islamische Frau, deren Stellung in Schichten mit islamischem Hintergrund nicht der Vorstellung der westlichen heutigen Welt im Rahmen des Artikels 3 GG entsprechen.

Dazu muss gesagt werden, dass viele der westlichen Werte sich erst auch in der Bundesrepublik erst in den letzten 50 Jahren entwickelten und man den Menschen mit islamischen Werten keine „mittelalterlichen Werte“ vorwerfen kann, ohne einen Rückblick in die jüngere eigene Geschichte zu werfen:

- *Zwangssterilisation: Das Betreuungsgesetz vom 1. Januar 1992 verbietet die Sterilisation im Interesse der Allgemeinheit oder im Interesse von Familienangehörigen. Eine Sterilisation gegen den Willen des Betroffenen ist in der Bundesrepublik Deutschland verboten, weder die Eltern noch das Kind selbst können darin einwilligen (§ 1631c BGB). Das Bundesjustizministerium schätzt, dass in Westdeutschland – bis zur Änderung des Betreuungsgesetzes 1992 – jährlich etwa 1.000 geistig behinderte Mädchen sterilisiert wurden.³⁶ In der Bundesrepublik Deutschland kam es bis in die 1970er Jahre vor, dass insbesondere junge Frauen wegen Abweichungen von sexuellen Normen zur Heimerziehung eingewiesen wurden.³⁷*

³⁴ Studie Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, Seite 12

³⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Multikulturelle_Gesellschaftd

³⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Zwangssterilisation#Bundesrepublik>

³⁷ <http://de.wikipedia.org/wiki/Promiskuit%C3%A4t>

- Homosexuellenverfolgung: „Erst 1969 gelang der ersten Großen Koalition unter dem Christdemokraten Kurt-Georg Kiesinger eine Reform. Ihre sozialliberale Nachfolgerin schaffte dann 1973 die Strafen für Sex zwischen schwulen Erwachsenen ab. Den 175 zu streichen, dazu rang sich auch die Regierung von Willy Brandt nicht durch. Diskriminierend blieben die unterschiedlichen sogenannten „Schutzalter“ für heterosexuellen und schwulen Sex: Wer Sex mit einem jungen Mann unter 18 hatte, wurde noch bestraft, der mit einem Mädchen, das mindestens 14 Jahre alt war, nicht. Lesbische Beziehungen waren erst gar kein Thema.³⁸“
- „Außerehelichen Beziehungen haftet seit den 1970er Jahren nicht mehr der grundsätzliche Makel der Sittenwidrigkeit an,⁴⁵ der zuvor die Gültigkeit von Schenkungen und Berücksichtigungen im Testament ("Mätressentestament") sowie von anderen Rechtsgeschäften (z. B. Unterhaltsvereinbarungen) regelmäßig beeinträchtigt hatte. Heute werden sie -freilich unter Wahrung der Formvorschriften und anderen Gültigkeitsvoraussetzungen- fast ausschließlich als gültig angesehen.³⁹“
- Propagierung der Frau als Hausfrau in den 50 er und 60 er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
- Im Jahr 1974 beschrieb Udo Jürgens in seinem Lied ehrenwertes Haus die wahre Begebenheit, dass unverheiratete Menschen wegen Sittenwidrigkeit oder bei einem unter 21 jährigen wegen Kuppelei ein Mietverhältnis aufgekündigt werden konnte oder musikalisch mit den Worten: „Und die Gemeinschaft aller Mieter schreibt uns nun: "Zieh'n Sie hier aus. Denn eine wilde Ehe, das passt nicht in dieses ehrenwerte Haus.⁴⁰“

Es kann also auch in Hinsicht der Frauenfrage anhand mehr oder weniger dramatischer Beispiele festgestellt werden, dass die Vorstellungen islamischer Menschen und konservativen Menschen ohne Migrationshintergrund in der Frauenfrage noch Ende der 60 er Jahre in vielen Bereichen in der Bundesrepublik übereinstimmte.

Mit dem Wertewandel in der Bundesrepublik in den 70 er Jahren entfernten sich die Wertevorstellungen in der Bundesrepublik bis hin zu Frauenquoten in Parteien und Berufen im letzten Jahrzehnt, um eine vollständige Emanzipation der Frauen der eigenen Bevölkerungsgruppe zu erreichen.

Damit entfernten sich die Vorstellungen der Menschen ohne islamischen Hintergrund zusehends von den islamischen Gastarbeitern und deren Nachkommen, die teilweise auf Grund ihres religiösen Hintergrundes und einer mangelnden Integrationspolitik in ihren alten traditionellen Mustern verhaftet in einer Parallelgesellschaft verblieben, welches in den 70 er und 80 er Jahren auch nicht in diese Gruppen transportiert wurde, da die Politik eher mit gegenläufigen Gesetzesinitiativen (Anwerbestopp und Rückkehrerförderung) beschäftigt war.

³⁸ <http://www.tagesspiegel.de/politik/gleichberechtigung-fuer-homosexuelle-abschaffung-des-paragrafen-175-das-ende-der-schande/9590732.html>

³⁹ <http://www.peterfelixschuster.de/nichtehe.htm>

⁴⁰ Udo Jürgens, ehrenwerte Haus, 1974

1.1.8 Überprüfung des Vorwurfes mangelnder Integration von Frauen mit islamischen Hintergrund

Ab 2004 kam es in der öffentlichen Diskussion zu empirisch nicht belegten Vorwürfen, dass islamische Mädchen nicht am Sportunterricht, Klassenfahrten und Sexualkundeunterricht aus religiösen Gründen teilnehmen dürften.

Darauf wurde von der Bundesregierung eine Feldforschung (Teilnahme von muslimischen Kindern, insbesondere Mädchen, am Sport-, Schwimm- und Sexualkundeunterricht an staatlichen Schulen, Teilnahme an Klassenfahrten, 2006) in Auftrag gegeben, die jedoch auf Grund mangelnder empirischer Zahlen keinen Bestand hatte⁴¹ Dazu dominierten auch andere Artikel die Diskussion.⁴²

Die Diskussion mündete 2009 in einer Umfrage von 6.000 Menschen mit muslimischen Hintergrund (Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz), die den Anspruch erhob, auch diese Fragen zu beantworten.

Kritisch muss hier hinzugefügt werden, dass hier von dem Ansatz abgewichen wurde, eine staatlich neutrale Befragung an den Schulinstitutionen durchzuführen, sondern Mitglieder einer Religionsgemeinschaft befragt wurden, deren Wunsch nach einer Anerkennung und einem toleranten Weltbild nicht immer mit den objektiven Begebenheiten übereinstimmt.

Ein Beispiel: Bei der Vorstellbarkeit, ob eine interreligiöse Hochzeit vorstellbar wäre, antworteten Menschen mit muslimischen Migrationsgrund mit Sohn 81,6 % bzw. ohne Sohn 81,9 %, 66 % mit Tochter bzw. 75,6 % mit Tochter, dass Sie es für möglich hielten.

Die Realität sieht dann anders⁴³ aus:

Tabelle 46: Religion des (Ehe-)Partners der Befragten mit Migrationshintergrund nach Religion und Geschlecht (in Prozent)

Religion des Befragten	Religion des (Ehe-)Partners				
	Muslim	Alevit	Christ	Jude	Sonstige
männlich					
Muslim	77,0	27,0	2,8	-	-
Alevit	-	57,7	-	-	-
Christ	7,2	2,7	74,7	23,9	24,4
Jude	-	-	-	50,0	-
Sonstige	-	-	0,2	-	42,2
Keine Religion	15,6	12,6	2-	26,1	33,3
Keine Angabe	0,1	-	2,3	-	-
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
weiblich					
Muslim	86,7	23,3	1,5	-	-
Alevit	0,9	54,9	-	-	-
Christ	0,5	-	71,8	-	4,5
Jude	-	-	0,7	25,0	-
Sonstige	-	-	0,7	-	40,9
Keine Religion	11,8	18,8	23,9	25,0	54,5
Keine Angabe	0,1	3,0	1,3	50,0	-
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: MLD 2008, Datensatz der Befragten im Alter ab 16 Jahren gewichtet. Ungewichtete Fallzahlen: 2.669

77 % der Muslime haben einen weiblichen Ehepartner und 86,7 % der weiblichen Ehepartner haben einen ebenso muslimischen Ehepartner – oder aus der Studie zitiert: *“ Neben diesem als „Heiratsengpass“ bezeichneten Phänomen dürfte sich im unterschiedlichen Heiratsverhalten von muslimischen Männern und Frauen auch die religiöse Vorschrift des Islam widerspiegeln, welche die Ehe mit Angehörigen anderer Buchreligionen für Männer erlaubt, für Frauen aber nicht⁴⁴. “*

⁴¹http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/kelek-expertise.pdf?__blob=publicationFile,

⁴² <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2004/03/08/a0283>

⁴³ Studie Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, Seite 286, Tabelle 46

⁴⁴ Studie Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, Seite 287

Zum Kopftuch sagt die Studie:

„In den befragten Haushalten leben insgesamt 3.737 muslimische Mädchen und Frauen. Für 99,8 Prozent der Frauen liegen Angaben darüber vor, ob sie ein Kopftuch tragen oder nicht. 28 Prozent der in den erfassten Haushalten lebenden Musliminnen tragen ein Kopftuch (Abbildung 48). 72 Prozent und damit die deutliche Mehrheit der Musliminnen trägt kein Kopftuch. Zwischen regionaler Herkunft und dem Anteil der Frauen, die ein Kopftuch tragen, besteht ein signifikanter Zusammenhang. Von den muslimischen Frauen, die aus Südosteuropa, Zentralasien/GUS oder Iran stammen, trägt kaum eine ein Kopftuch. Mit Anteilswerten von jeweils über 30 Prozent tragen muslimische Türkinnen und Nordafrikanerinnen überproportional häufig ein Kopftuch.⁴⁵“

Abbildung 49: Anteil der Kopftuch tragenden Musliminnen nach Alter (in Prozent)



Das Kopftuch ist seit dem sogenannten Kopftuchstreit und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes für alle Bereiche des Lebens einschließlich des schulischen Bereiches und der verbeamteten Lehrerinnen geregelt:

„- 2 BvR 1436/02 -

1. Ein Verbot für Lehrkräfte, in Schule und Unterricht ein Kopftuch zu tragen, findet im geltenden Recht des Landes Baden-Württemberg **keine hinreichend bestimmte gesetzliche Grundlage**.
2. Der mit zunehmender religiöser Pluralität verbundene gesellschaftliche Wandel kann für den Gesetzgeber Anlass zu einer Neubestimmung des zulässigen Ausmaßes religiöser Bezüge in der Schule sein.⁴⁶“

Sogar eine Lehrerin darf nach dem aktuellen Gerichtsurteil vom 27.01.2015 ein Kopftuch in der sonst zur Neutralität verpflichteten Schule tragen, aus der Kreuze wegen ihrer religiösen „Unerträglichkeit“ verbannt wurden⁴⁷.

In der Türkei zog die AKP erst 2014 für Schüler nach – so konnte nun auch das Kopftuch in türkischen Schulen von Schülern getragen werden⁴⁸. Es ist anzunehmen, dass auch die Lehrerinnen in der Türkei nach deutschem Vorbild bald Kopftücher tragen dürfen.

⁴⁵ Studie Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, Seite 196

⁴⁶ Urteil Bundesverfassungsgericht: 2 BvR 1436/02

⁴⁷ Bestätigt auch durch Gerichtsurteil: 1 BvR 471/10, vom 27.01.2015, wonach ähnlich geartete Verbote auch für Bundesländer mit einem gesetzlichen Verbot gilt.

⁴⁸ <http://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-kopftuch-schulen-100.html>

Der Autor weist darauf hin, dass nach der Art der Argumentation dieses auch auf die Burka übertragbar wäre – mit derselben Argumentation und Wertung der Burka und deren Trägerin.

Zum Schwimmunterricht

Der Schwimmunterricht findet überwiegend in Grundschulen statt. Nach der Diskussion von 2006 richteten Schulen getrenntgeschlechtliche Kurse ein oder machten Schwimmunterricht zum Wahlpflichtfach.

So erstaunt das Ergebnis 2009 in der Umfrage durch die Islamkonferenz nicht wirklich:

52,8 % der Mädchen nahmen am Schwimmunterricht teil; 41,3 % nein, weil kein Angebot; und nur 0,1 % der Mädchen sehen einen religiösen Hintergrund für ihre Abwesenheit vom Schwimmunterricht.⁴⁹

Scheinbar gibt es im „Entwicklungsland“ Deutschland für 41,3 % der Türcinnen kein Angebot im Rahmen der Schulpflicht zum Schwimmen nach dieser Studie.

Zum Sportunterricht: 88,3 % der türkischen Schülerinnen nehmen am Sportunterricht teil, welches auch in der Praxis kein Problem darstellt, da Schülerinnen inzwischen ein Kopftuch in den meisten Schulen während des Sportunterrichts tragen konnten.

Zum Sexualkundeunterricht: Dieser ist oft Teil des Biologieunterrichts. 39,9 % gaben an, dass es kein Angebot geben würde.⁵⁰

Zwangsheirat

Definition

Zwangsheirat oder Zwangsehe bezeichnet eine Eheschließung, die gegen den Willen eines oder beider Heiratenden stattfindet – im Unterschied zur bloß arrangierten Heirat, die zwar von Verwandten veranlasst oder von Ehevermittlern arrangiert wird, aber im Einverständnis mit dem Brautpaar stattfindet.⁵¹

Als eine weitere Form der Zwangsehe gilt die Kinderheirat, da sie vor dem Erreichen der Ehemündigkeit beider Ehepartner abgeschlossen wird.

Die Zwangsehe ist nach § 237 StGB in Deutschland verboten.

„Des Weiteren können im Zusammenhang mit einer Zwangsheirat weitere Straftatbestände verwirklicht werden, z.B. Menschenhandel, Verschleppung oder Vergewaltigung. Eine Studie des Bundesfamilienministeriums aus dem Jahre 2011 geht von mindestens 3400 Betroffenen in Deutschland aus, wobei nur die 615 Rückmeldungen der insgesamt 1445 deutschen Beratungsstellen berücksichtigt werden konnten.⁵²“

Die Meinungen der islamischen Forscher reichen hier wieder von einer islamisch garantierten Selbstbestimmung der Frau bei der Heirat bis zur Legitimierung der Zwangsehe, so dass es objektiv

⁴⁹ Studie Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, Seite 184, Tabelle 27

⁵⁰ Studie Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, Seite 185, Tabelle 28

⁵¹ [://de.wikipedia.org/wiki/Zwangsheirat#cite_note-Spiegel_2007-8-23](http://de.wikipedia.org/wiki/Zwangsheirat#cite_note-Spiegel_2007-8-23)

⁵² http://de.wikipedia.org/wiki/Zwangsheirat#cite_note-Spiegel_2007-8-23

wissenschaftlich geboten erscheint, die objektiv erfassbaren Zahlen von Beratungsfällen heranzuziehen.

Die Zahl der Zwangsheiraten wird unterschiedlich angesehen. Hier ein paar zitierte Aussagen:

- „Nach Angaben des Arbeitskreises Zwangsheirat waren 2007 allein in Berlin 378 Mädchen und Frauen von Zwangsheirat betroffen.“⁵³
- „Alle drei Studien geben als Hauptgrund für diese Form der Heirat die Angst der Familien vor „Ehrverlust“ an. Nur wenn die Frauen so früh wie möglich und ohne vorher Kontakt zu potentiellen Heiratskandidaten gehabt zu haben in die Ehe gingen, sei die Gefahr, dass sie vor der Ehe sexuelle Kontakte hatten, fast gebannt und damit die Ehre der Familie gesichert.“⁵⁴
- Terre des Femmes äußerte 2007 die Vermutung, dass in Deutschland jährlich mehr als 1000 Mädchen zwangsverheiratet und zu diesem Zweck ins Ausland – überwiegend die Türkei, aber auch Libanon, Syrien, Kosovo, Iran und Irak – gebracht bzw. verschleppt werden.⁵⁵

Das Bundesministerium für Familie Senioren, Frauen und Jugend führte in der Studie Zwangsverheiratung in Deutschland – Analyse von Beratungsfällen, 2011 folgende Zahlen an:

Tabelle 3-5: Geburtsländer der von Zwangsverheiratung Bedrohten/Betroffenen⁵⁶

	Häufigkeit	Anteil in %
Deutschland	193	31,8
Türkei	141	23,3
Serbien, Kosovo, Montenegro	47	7,8
Irak	38	6,3
Afghanistan	36	5,9
Syrien	33	5,4
Marokko	16	2,6
Albanien	13	2,1
Libanon	12	2,0

Thesen aus der Studie:

„Nicht bestätigen lässt sich die These, dass von Zwangsverheiratungen in Deutschland fast ausschließlich Menschen türkischer Herkunft betroffen seien. Insbesondere der Blick auf die Herkunftsländer der Eltern (vgl. 3.5.1) bestätigt, dass 44 % der erfassten von Zwangsverheiratung bedrohten oder betroffenen Menschen einen türkischen Migrationshintergrund haben.“⁵⁷

„Soweit der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit als Indiz von Integration gelten sollte, ließe sich eine daraus abzuleitende These, dass das Problem Zwangsverheiratung überwiegend sehr wenig integrierte Personen betrifft, nicht bestätigen. Immerhin besitzt gerade im Alter zwischen 18 und 27 Jahren etwa die Hälfte der erfassten Personen die deutsche Staatsangehörigkeit.“⁵⁸

„Die Mehrheit von Zwangsverheiratungen (52 %) findet im Ausland statt oder ist dort geplant, 28 % der Ehen sollten in Deutschland geschlossen werden... Zwangsverheiratungen gehen vielfach mit einem unfreiwilligen Umzug ins Ausland einher.“⁵⁹

⁵³ ebenso

⁵⁴ ebenso

⁵⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Zwangsheirat#cite_note-Spiegel_2007-8-23

⁵⁶ Zwangsverheiratung in Deutschland – Analyse von Beratungsfällen, 2011

⁵⁷ Zwangsverheiratung in Deutschland – Analyse von Beratungsfällen, 2011; s: 36)

⁵⁸ Zwangsverheiratung in Deutschland – Analyse von Beratungsfällen, 2011; s:30)

„Die bereits Zwangsverheirateten verfügten über eine deutlich schlechtere Schulbildung als jene Menschen, die von einer Verheiratung bedroht waren (Tabelle 3-9). Insbesondere haben 44 % der bereits Verheirateten die Schule ohne Schulabschluss verlassen, während dies nur auf 19 % der noch nicht Verheirateten zutrifft. Die schon Verheirateten haben entsprechend auch deutlich seltener einen Haupt- oder Realschulabschluss. Auf dem Niveau der (Fach-)Hochschulreife zeigen sich indes keine Veränderungen mehr. Auswirkung auf Bildung und berufliche Stellung von Frauen mit islamischen Hintergrund⁶⁰.“

Am 23.07.2014 entschied der EU-Gerichtshof, dass türkische Ehepartner nun keinen Sprachnachweis nach deutschem Recht mehr brauchen⁶¹.

„Seit 2007 müssen Ehegatten von in Deutschland arbeitenden Ausländern sich in deutscher Sprache verständigen können, um ebenfalls nach Deutschland ziehen zu dürfen. Das soll die Integration erleichtern und Zwangsehen verhindern.⁶²

Ob es hier zu Neuregelungen kommt, darf bezweifelt werden.

Ehrenmord

„Im Jahr 2011 führte das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (MPICC) in Freiburg im Breisgau im Auftrag des Bundesministerium des Innern eine Studie zu Ehrenmorden in Deutschland durch. Das Ziel dieser Studie bestand in der Identifizierung (Feststellung) aller Fälle von Ehrenmorden in Deutschland im Zeitraum von 1996 bis 2005 auf der Basis von Prozessakten sowie Medienberichten. Es wurden 78 Taten untersucht, darunter zahlreiche Grenzfälle zur Blutrache und zur Partnertötung. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass von 122 Tätern 113 (93 %) männlichen und 9 (7 %) weiblichen Geschlechts waren. Von den 109 Opfern waren 47 (43 %) männlich sowie 62 (57 %) weiblich. Der Anteil der männlichen Opfer war damit den Autoren der Studie zufolge erheblich größer, als es in der Öffentlichkeit und teils auch in der Fachdiskussion wahrgenommen wird.[20][21][22]

Die Auswertung des ethnischen und Migrationshintergrunds ergab den eindeutigen Befund, dass fast alle Täter außerhalb Deutschlands geboren wurden (91 %) und keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen (92 %). 9,2 Prozent der Täter waren Migranten der zweiten Generation, d. h. sie wurden in Deutschland geboren. Die Täter waren zu 63 % in der Türkei geboren, es folgten arabische Länder (14 %), Albanien und Länder des ehemaligen Jugoslawien (8 %) sowie Pakistan und Afghanistan mit 6 %. Ein einziger Täter war ethnischer Deutscher: ein Auftragsmörder, der von einem jesidischen Kurden bezahlt wurde.[23]

*Eine rechtssoziologische Studie von Dietrich Oberwittler und Julia Kasselt widerlegte 2011 die verbreitete ausschließliche Assoziation des Phänomens der Ehrenmorde mit dem Islam. **Es hängt vielmehr mit bestimmten Traditionen in den Herkunftsgebieten der Familien zusammen.** Eine Mehrzahl der türkischen Täter stammte aus Ostanatolien...⁶³“*

⁵⁹ Ebenso, Seite 39

⁶⁰ Zwangsverheiratung in Deutschland – Analyse von Beratungsfallen, 2011; s:2

⁶¹ <http://www.tagesschau.de/ausland/deutschkurse-in-der-tuerkei-ruecklaeufig-100.html>

⁶² <http://www.zeit.de/politik/2014-04/ehegatten-nachzug-sprachkenntnisse-eugh-gutachten>

⁶³ http://de.wikipedia.org/wiki/Ehrenmord#cite_note-20

Frau Kasselt scheint in Ihrer Widerlegung zu ignorieren, dass selbst im Koran die Sure 4.15⁶⁴ die Option der Tötung einer Frau bei vier vorliegenden Zeugen erlaubt ist.

Die Praxis in islamischen Staaten mit Scharia als Recht oder unter Heranziehung der Hadithe⁶⁵ und Sunna billigen eher die Tötung im Rahmen dessen, welches wir in der westlichen Gesellschaft als Ehrenmord titulieren.

Im vorigen Kapitel unter Zwangsehe wurde bereits erläutert, dass die Zwangsehe bei drei Studien aus „Angst vor Ehrverlust“ begründet wird. Dieses kann als Indikator dafür gelten, dass der daraus folgende „Ehrverlust“ in letzter Konsequenz bei radikalen Islamisten nur mit einem Ehrenmord durchgesetzt werden kann.

Die Zahl der Androhungen eines Mordes im Fall der Verweigerung steht zumindest unausgesprochen im Raum und die Zahl der Androhungen ist nicht erfasst.

Sonstige Integrationsnachteile von Frauen mit islamischem Hintergrund

Nach dem Mikrozensus 2013, Seite, 247 45,5 % der türkischen Frauen (Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn) einen Schulabschluss.
21,3 % einen qualifizierenden Berufsabschluss (S. 282).

Von 1.350 Millionen Frauen sind 402.000 Frauen erwerbstätig.

Fraglich ist, ob und in wie weit die in der Praxis vorhandene Benachteiligung von Frauen auf deren islamischen Hintergrund zurückzuführen ist.

Fraglich ist weiterhin, ob ein latenter Vorbehalt in der Gesellschaft gegen muslimische Frauen vorliegt⁶⁶.

Angesichts der oben angeführten Zahlen dürfte die Reduzierung der Diskriminierungsgründe auf die Kopftuchfrage eher verfehlt sein.

Eine „Zwangsverheiratung“ führt wie vorher belegt, jedenfalls nicht zur Förderung eines Schulabschlusses.

Die Überwindung von Integrationshemmnissen durch Heirat eines Deutschen ist keine Option:

„Bei deutsch-türkischen Ehen kann man etwa sagen: Die Anteile für türkischstämmige Frauen lagen im Mikrozensus von 2007, einer repräsentativen Haushaltsbefragung, unter 5 Prozent. Allerdings ist der Anteil der Frauen, die interethnisch heiraten, teilweise auch in anderen Migrantengruppen geringer. Bei türkischstämmigen Männern sehen wir folgendes: Bei der ersten Einwanderergeneration lag die Rate bei ca. sieben, bei der zweiten bei 12 Prozent. Das ist fast eine Verdoppelung.“⁶⁷

So kann insgesamt die Bilanz gezogen werden, dass es Indikatoren gibt, dass die tradierten Auffassungen bei Menschen mit islamischen Hintergrund und deren Familienbild für die mangelnde Integration mitverantwortlich sein könnten.

⁶⁴ <http://europenews.dk/de/node/11537>

⁶⁵ <http://de.wikipedia.org/wiki/Hadith>

⁶⁶ <http://www.taz.de/!59226/>

⁶⁷ <http://dtj-online.de/mischehen-deutsche-tuerken-interview-sarah-carol-19712>

1.1.9 Bedeutung von Ausländern aus wirtschaftlicher Sicht, Ausbildung und Facharbeiter

Zahlen über Arbeitslosigkeit

Tabelle: Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit für Januar 2015⁶⁸

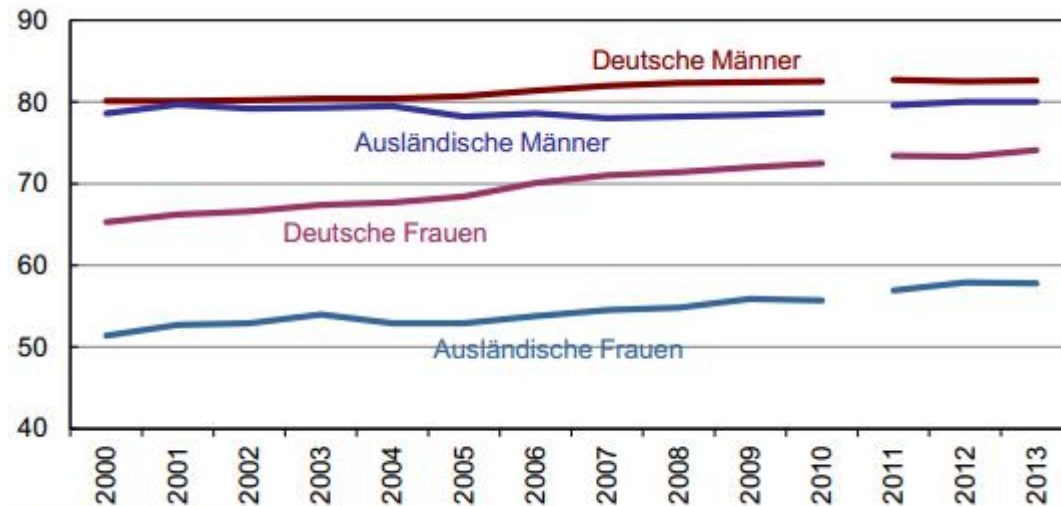
77.388	plus Personen, die weit weg vom Arbeitslosenstatus sind = Unterbeschäftigung nach BA-Konzept	Personen in Kurzarbeit, Altersteilzeit und geförderter Selbständigkeit
429.036	plus Personen, die nahe am Arbeitslosenstatus sind = Unterbeschäftigung in engeren Sinne	Teilnehmer in Qualifizierungsmaßnahmen Beschäftigte am zweiten Arbeitsmarkt, vorruhestandsähnliche Regelungen, kurzfristige Arbeitsunfähigkeit
323.848	Plus Personen, die im weiteren Sinne arbeitslos sind Nach § 16 Abs. 1 SGB 3	Teilnehmer in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, sowie Personen der 58er Regelung nach § 53 a SGB II
3.031.604	Arbeitslose = Arbeitslosigkeit nach § 16 StGB	

Die Unterbeschäftigungsquote ohne Kurzarbeit lag zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Tabelle bei vorläufig 8,8 %. Mit Kurzarbeit dürften es so um die Zwanzigtausend Menschen mehr sein.

Die Entwicklung von 2000 bis 2013 von Ausländern an der Erwerbsquote in Prozent⁶⁹ ist wie folgend beschrieben:

⁶⁸ Quelle: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Unterbeschaeftigung-Schaubild.pdf>

⁶⁹ Mikrozensus, Grafik der deutschen Arbeitsagentur, Seite 8, Analyse Arbeitsmarkt 2014 PDF



Quelle: Mikrozensus

Die Arbeitsagentur kommt in der Analyse auf derselben Seite zum Schluss: „Insgesamt liegt die Erwerbsquote der Deutschen mit 78,4 Prozent merklich über der Erwerbsquote der Ausländer mit 68,9 Prozent, das liegt vor allem an der geringeren Erwerbsneigung ausländischer Frauen.“⁷⁰

Insgesamt herrscht in Deutschland kein Mangel in den niedrig qualifizierten Berufen, anders sieht es dann beim Fachkräftemangel aus:

„Aktuell zeigt sich **kein flächendeckender Fachkräftemangel** in Deutschland. In einzelnen Berufsgruppen und Regionen sind jedoch Mangelsituationen bzw. Engpässe erkennbar. Gegenüber früheren Analysen hat sich die Lage etwas entspannt. In zahlreichen Berufsgruppen sind Engpässe, im Zuge der moderateren wirtschaftlichen Entwicklung 2014 und steigender Hochschulabsolventenzahlen, nicht mehr so deutlich sichtbar. Ein Mangel besteht hier aber nach wie vor. Zudem ist beobachtbar, dass sich Engpässe zunehmend nicht nur bei akademischen, sondern auch bei nichtakademischen Fachkräften zeigen. Fachkräftemangel in einzelnen Berufsgruppen“

Bei folgenden Berufsgruppen zeigt sich aktuell ein Fachkräftemangel:

- Ingenieure Metallbau und Schweißtechnik (Experten)
- Ingenieure Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe (Experten)
- Fachkräfte und Spezialisten
- Mechatronik und Automatisierungstechnik
- Ingenieure Mechatronik und Automatisierungstechnik (Experten)
- Fachkräfte Energietechnik
- Ingenieure Elektrotechnik (Experten)
- Ingenieure Konstruktion und Gerätebau (Experten)
- Fachkräfte und Spezialisten Klempnerei, Sanitär, Heizung und Klimatechnik
- Ingenieure Ver- und Entsorgung (Experten)
- Experten im Bereich Informatik
- Experten Softwareentwicklung

⁷⁰ Mikrozensus, Grafik der deutschen Arbeitsagentur, Seite 8, Analyse Arbeitsmarkt 2014 PDF

- Spezialisten im technischen Eisenbahnbetrieb
- Fachkräfte zur Überwachung und Wartung der Eisenbahninfrastruktur
- Fachkräfte zur Überwachung und Steuerung des Eisenbahnverkehrs
- Fahrzeugführer Eisenbahnverkehr
- Examierte Fachkräfte und Spezialisten in der Gesundheits- und Krankenpflege
- Humanmediziner (ohne Zahnmedizin)
- Examierte Fachkräfte und Spezialisten der Altenpflege
- Fachkräfte Orthopädie-, Rehathechnik und Hörgeräteakustik
- Meister Orthopädie-, Rehathechnik und Hörgeräteakustik (Spezialisten)

Dabei darf nicht vergessen werden, dass in einigen Berufsgruppen auch durch eine Unterbezahlung und schlechte Arbeitsverhältnisse zu einer Auswanderung führten:

Beispiel Humanmediziner:

„Allein im vorletzten Jahr sind 3200 deutsche Ärzte ausgewandert, in den letzten fünf Jahren waren es 21 000“, sagt Michael Helmkamp, Sprecher der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, zu unserer Zeitung. „Der volkswirtschaftliche Verlust ist riesig. Vergessen wir nicht, dass die Ausbildung eines Arztes 500 000 Euro kostet! Die Mediziner reißen aus, weil sie woanders besser bezahlt werden und viel bessere Arbeitsbedingungen vorfinden. In der Schweiz verdient ein Arzt 30 bis 40 Prozent mehr, kann Familie und Job gut vereinbaren. In Norwegen ist der Verdienst noch besser. Ebenfalls beliebt sind England, Dänemark, Australien.“⁷¹

Des Weiteren erhöht sich die Anzahl der Studierenden in Deutschland kontinuierlich, so dass ein Ausgleich in den nächsten Jahren zu erwarten ist⁷²:

Bild 1 Strukturdaten für Deutschland (2008-2012)

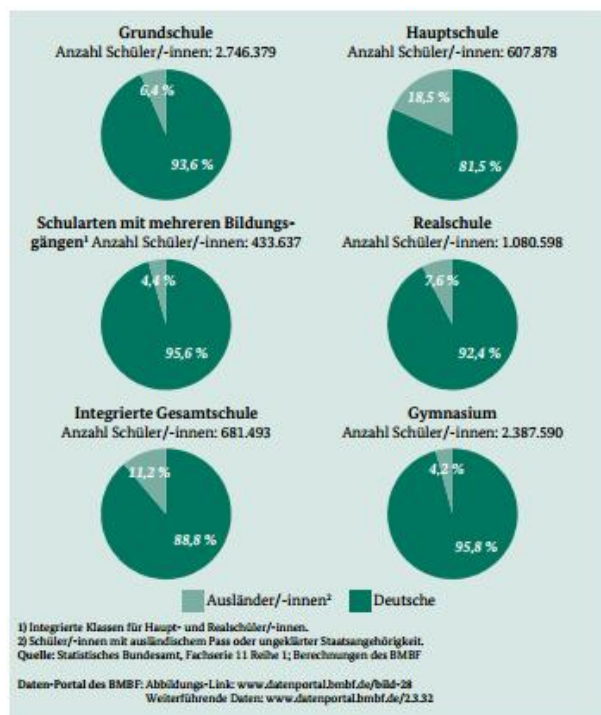
		2008	2009	2010	2011	2012
Bevölkerung ¹	in Tsd.	82.002	81.802	81.752	80.328	80.524
	w	51,0 %	51,0 %	50,9 %	51,2 %	51,1 %
Erwerbstätige ²	in Tsd.	38.734	38.662	38.938	39.869	40.161
	w	45,3 %	45,8 %	45,9 %	46,1 %	46,0 %
Arbeitslose	in Tsd.	3.258	3.415	3.238	2.976	2.897
	q	7,8 %	8,1 %	7,7 %	7,1 %	6,8 %
darunter						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	in Tsd. ⁴	1.337	1.429	1.333	1.274	1.213
	q ⁵	20,1 %	21,9 %	20,7 %	19,6 %	19,0 %
mit betrieblicher/ schulischer Ausbildung ³	in Tsd. ⁴	1.569	1.688	1.611	1.432	1.320
	q ⁵	6,0 %	6,6 %	5,8 %	5,1 %	5,0 %
mit Fachhochschulabschluss	in Tsd. ⁴	56	67	73	67	66
	q ⁵	2,1 %	2,8 %	2,7 %	2,5 %	2,5 %
mit Universitätsabschluss	in Tsd. ⁴	119	97	103	100	104
	q ⁵	2,7 %	2,3 %	2,3 %	2,2 %	2,4 %
Schüler/-innen ⁶	in Tsd.	11.830	11.675	11.485	11.291	11.114
	w	48,2 %	48,2 %	48,2 %	48,1 %	48,0 %
Auszubildende	in Tsd.	1.613	1.571	1.508	1.461	1.430
	w	39,6 %	39,9 %	39,8 %	39,3 %	39,0 %
Studierende	in Tsd.	2.026	2.121	2.218	2.381	2.499
	w	47,8 %	47,8 %	47,8 %	47,3 %	47,4 %
Bruttoinlandsprodukt (in Milliarden Euro)		2.474	2.374	2.495	2.610	2.666

Insgesamt ist der Bildungsstand von Ausländern eher niedriger:

⁷¹ <http://www.derwesten.de/nachrichten/wenn-aerzte-auswandern-id3303626.html>

⁷² Ausgewählte Daten aus dem Datenportal des BMBF- <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/index.html>

Bild 28 Anteil der ausländischen Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen nach ausgewählten Schularten (2012)



Das Bildungsministerium ist in seiner Analyse über Deutschland als Einwanderung optimistisch:⁷³

„Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI)

Während die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) in ihrem am 26. Februar 2014 vorgelegten Gutachten anhand von Publikationen aus den Jahren 1996 bis 2011 eine Abwanderung von Wissenschaftlern ableitet, legen aktuelle Zahlen nahe, dass der Wissenschaftsstandort Deutschland enorm an Attraktivität gewonnen hat. "Deutschland ist attraktiv für kluge Köpfe aus aller Welt", sagte Bundesministerin Johanna Wanka.“

„Da es in den neunziger Jahren Abwanderungstendenzen gab, hat die deutsche Wissenschaftspolitik energisch gegengesteuert - etwa mit dem Start der Exzellenzinitiative und des Paktes für Forschung und Innovation im Jahr 2005. Seitdem hat sich das Bild gewandelt: So haben sich im Jahr 2011 nach dem Bericht „Wissenschaft weltoffen“ mit Förderung der Wissenschaftsorganisationen mehr als 32.000 ausländische Wissenschaftlicher in Deutschland aufgehalten – ein neuer Höchststand.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel nimmt am 26.02.2014 das Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation während einer Pressekonferenz im Bundeskanzleramt entgegen (2.v.l.: Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung; 4.v.r.: Dietmar Harhoff, Vorsitzender der Expertenkommission). Quelle: Bundesregierung Auch der Anteil der ausländischen Forscher in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist seit Beginn des Paktes für Forschung und Innovation erheblich gestiegen. So kamen 2012 allein in der Max-Planck-Gesellschaft etwa 49 Prozent der Doktoranden, 86 Prozent der Postdoktoranden und 31 Prozent der Direktoren aus dem Ausland. Mit dem Ende 2012 in Kraft getretenen Wissenschaftsfreiheitsgesetz haben außeruniversitäre

⁷³ <http://www.bmbf.de/de/12210.php>

Forschungseinrichtungen zusätzliche Möglichkeiten bekommen, um in einem zunehmend schärferen Wettbewerbsumfeld erfolgreich um exzellente Wissenschaftler aus aller Welt zu werben.

An den Hochschulen sind die positiven Wirkungen der Exzellenzinitiative spürbar, die von den EFI-Gutachtern gelobt werden. Während die Zahl der Personen aus dem Ausland 2011 im gesamten Hochschulsystem bei 10 Prozent lag, betrug er in Graduiertenschulen 36, in Exzellenzclustern 24 und in Zukunftskonzepten 37 Prozent.

Forscherteam arbeitet gemeinsam im Labor „Alle aktuellen Zahlen und Fakten deuten darauf, dass der Standort Deutschland zunehmende Anziehungskraft auf Wissenschaftler, Experten und Studierende ausübt“, sagte Bundesforschungsministerin Johanna Wanka. „Deutschland ist attraktiv für kluge Köpfe aus aller Welt. Mit ihrem Anspruch, weiter verstärkt in Bildung und Forschung zu investieren, wird die Bundesregierung dafür arbeiten, dass es so bleibt.“

Studentengruppe vor einer Tafel mit mathematischen Gleichungen Im Wintersemester 2012/2013 hat auch die Zahl der ausländischen Studierenden in Deutschland (sog. Bildungsausländer) mit etwa 205.000 einen neuen Rekord erreicht. Nach der im Januar vom BMBF und dem Deutschen Studentenwerk veröffentlichten Studie "Ausländische Studierende in Deutschland 2012" gaben 2012 bereits 61 Prozent dieser Bildungsausländer an, Deutschland sei ihre erste Wahl gewesen. 2009 lag die Vergleichszahl noch bei 47 Prozent.“

Dementsprechend ist es fraglich, ob wieder auf Experimente wie die „Computer-Index“ gesetzt werden sollte, wie es die SPD und FDP in Abständen forderten.

Da es erst seit 2014 die Freizügigkeit im vollen Umfang auf dem deutschen Arbeitsmarkt gibt, sollte die Politik daher die Chancen und Risiken der europäischen Freizügigkeit eruieren.

Dabei besteht die Gefahr, dass die „Festung Europa“ den Beitrittskandidaten Türkei auf ewig im Status einer privilegierten Partnerschaft lässt und sich gegenüber der restlichen Welt abschottet.

Hier wird die Diskussion über den Islam auf die Dauer in den Vordergrund rücken.

2 Ausländer in Bezug auf Kriminalität und Terrorismus

Definition Ausländerkriminalität

„Die Ausländerkriminalität (in der Schweiz auch Kriminaltourismus genannt) ist ein kriminologischer Begriff, der sich auf Straftaten bezieht, die von Ausländern begangen werden. Der Begriff wird zum Teil als politisches Schlagwort mit fremdenfeindlicher Tendenz verwendet⁷⁴“.

Laut der Kriminastatistik des BKA sieht die Verteilung bei ausgewählten Straftaten im Vergleich von Ausländern wie Deutschen wie folgend dargestellt⁷⁵ aus:

⁷⁴ <http://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4nderkriminalit%C3%A4t#Deutschland>

⁷⁵ Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland Jahrbuch 2013, S. 77 .

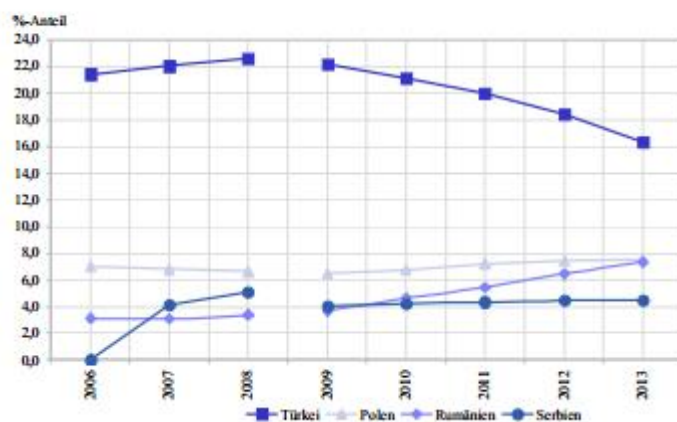
Aufgliederung der deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen in Prozent nach ausgewählten Straftaten/-gruppen
6.2 – 709

Schlüssel	ausgewählte Straftaten/-gruppen	Tatverdächtige			
		deutsche		nichtdeutsche	
		Anzahl	in % an Sp1	Anzahl	in % an Sp5
1	2	3	4	5	6
---	Straftaten insgesamt	1.555.711	100,0	538.449	100,0
010000 +020000	Mord und Totschlag	1.850	0,1	767	0,1
111000	Vergewaltigung und sexuelle Nötigung §§ 177 Abs. 2, 3 und 4, 178 StGB	4.522	0,3	1.755	0,3
210000	Raubdelikte	20.735	1,3	9.915	1,8
222000	Gefährliche und schwere Körperverletzung	102.624	6,6	35.546	6,6
224000	(Vorsätzliche leichte) Körperverletzung	250.070	16,1	67.977	12,6
230000	Straftaten gegen die persönliche Freiheit	129.869	8,3	34.366	6,4
3***00	Diebstahl ohne erschwerende Umstände	288.889	18,6	111.655	20,7
4***00	Diebstahl unter erschwerenden Umständen	65.893	4,2	35.012	6,5
510000	Betrug	335.770	21,6	109.840	20,4
520000	Vermögensdelikte	14.528	0,9	2.675	0,5
530000	Unterschlagung	49.546	3,2	10.893	2,0
540000	Urkundenfälschung	30.926	2,0	18.874	3,5
620000	Widerstand gegen die Staatsgewalt und Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	88.129	5,7	19.576	3,6
630000	Begünstigung, Strafvereitelung (ohne Strafvereitelung im Amt), Hehlerei und Geldwäsche	19.136	1,2	10.138	1,9
640000	Brandstiftung und Herbeiführen einer Brandgefahr	9.585	0,6	1.155	0,2
650000	Wettbewerbs-, Korruptions- und Amtsdelikte	4.930	0,3	268	0,0
671000	Verletzung der Unterhaltspflicht	7.546	0,5	1.299	0,2
673000	Beleidigung	163.170	10,5	28.528	5,3
674000	Sachbeschädigung	120.696	7,8	19.090	3,5
676000	Straftaten gegen die Umwelt	7.312	0,5	1.912	0,4
710000	Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze auf dem Wirtschaftssektor	18.827	1,2	4.659	0,9
725000	Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz/EU	1.800	0,1	100.866	18,7
726000	Straftaten gegen das Sprengstoff-, das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz	27.479	1,8	6.678	1,2
730000	Rauschgiftdelikte (BtMG)	167.486	10,8	43.306	8,0

Hinweis: Die Addition der Anzahl der Tatverdächtigen bei den einzelnen Schlüsseln zu einer Gesamtzahl ist nicht zulässig (siehe Seite 357).

Dabei ist trotz rückläufigen Trend die türkische Bevölkerungsgruppe in der Kriminalstatistik führend⁷⁶:

Entwicklung der prozentualen Anteile ausgewählter Staatsangehörigkeiten an den nichtdeutschen Tatverdächtigen insgesamt
6.6 – G01



⁷⁶ Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland Jahrbuch 2013, S. 77

„Unter Berücksichtigung der methodischen Einschränkungen ist festzustellen, dass der einzige Teil der ausländischen Wohnbevölkerung, der tatsächlich unbestrittenermaßen eine höhere Neigung zu kriminellen Handlungen als die deutsche Vergleichsgruppe hat, im Bereich der Jugendkriminalität liegt; insbesondere sind hier 14- bis 17-jährige Ausländer betroffen.

Begründet wird die Anfälligkeit junger männlicher Ausländer für kriminelle Verhaltensweisen im Allgemeinen mit Sprachproblemen, Problemen bei der Identitätsbildung und fehlenden Chancen auf dem Arbeitsmarkt.[21]

Herkunft Intensivtäter mit Migrationshintergrund in Berlin

Roman Reusch, Oberstaatsanwalt in Berlin und zuständig für die Strafverfolgung von Intensivtätern, hat folgende Erklärung:

„Die Täter stammen [...] von wenigen Ausnahmen abgesehen aus sozial randständigen Familien, insbesondere solchen mit bildungsfernem Hintergrund. [...] Die ethnischen Deutschen [stammen] regelmäßig aus Familienverhältnissen, welche üblicherweise als kriminalitätsfördernd beschrieben werden. Alkoholmißbrauch, fehlende Zuwendung für die Kinder, Gewalt innerhalb der Familie etc. bestimmen das Bild und damit die Kindheit und Jugend der dort aufgewachsenen Täter. Hiervon unterscheiden sich die Familienverhältnisse der orientalistischstämmigen Täter meist deutlich. Hier findet man vorwiegend Familien vor, die sich selbst keineswegs als irgendwie auffällig empfinden oder gar beschreiben würden, sondern die sich mehr oder minder nahtlos in die übrigen Migrantenfamilien ihres Wohngebietes einordnen und die – gemessen an den eigenen Maßstäben – meist auch über halbwegs intakte familiäre Strukturen verfügen. Übereinstimmendes Merkmal zwischen den verschiedenen orientalischen Ethnien dürfte die Gewaltanwendung des männlichen Familienoberhauptes gegenüber seiner Familie sein. Körperliche Züchtigungen, auch heftige Schläge, sind, wie die jungen Migranten immer wieder berichten, gängige Erziehungspraxis. Dem devianten Verhalten ihrer Söhne stehen diese Familien teils unwissend, teils verharmlosend, aber auch hilflos gegenüber. Die heimatliche Tradition verbietet es geradezu, Hilfen von außerhalb, noch dazu eine solche des fremden Staates, zuzulassen oder gar zu erbitten. Bei [einigen] türkischkurdisch-libanesischen Großfamilien muss zudem davon ausgegangen werden, dass dort keineswegs selten eine konsequente Erziehung zur professionellen Kriminalitätsausübung stattfindet.⁷⁷“

Aus Sicht des Verfassungsschutzes gelten folgend nichtislamische Organisationen als beobachtungswürdig:

⁷⁷ <http://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4nderkriminalit%C3%A4t#Deutschland>

Mitgliederpotenzial extremistischer Ausländerorganisationen ^{1,2} (ohne Islamismus)		
	2012	2013
Linksextremisten	17.970	16.970
davon:		
„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	13.000	13.000
„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)	650	650
„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)	1.300	1.300
„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)	600	600
„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)	1.000	
Sonstige	1.420	1.420
Separatisten³		1.790
davon:		
„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)		1.000
extremistische Sikhs		790 ⁴
extreme Nationalisten	10.840	10.050
Summe	28.810	28.810

1 Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind z.T. geschätzt und gerundet.
2 Hier werden auch Mitglieder/Sympathisanten der mit Verbot belegten Gruppen gezählt.
3 Neue systematische Darstellung des Personspotenzials ab 2013.
4 In den Vorjahren unter der Rubrik extreme Nationalisten ausgewiesen.

Islamismuspotenzial ¹		
Organisationen ²	2012	2013
„Al-Qaida“ und affilierte terroristische Organisationen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
Islamistisch-kurdische Netzwerke/„Ansar al-Islam“ (AAI)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
Salafistische Bestrebungen	4.500	5.500
„Hizb Allah“	950	950
„Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ (HAMAS)	300	300
„Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB)	500	250
„Türkische Hizbullah“ (TH)	350	350
„Hezb-e Islami-ye Afghanistan“ (HIA)	200	200
„Hizb ut-Tahrir“ (HuT)	300	300
„Muslimbruderschaft“ (MB)	1.300	1.300
„Tablighi Jama'at“ (TJ)	700	700
„Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V.“ (IGMG)	31.000	31.000
Sonstige ³	2.450	2.340
Summe	42.550	43.190

1 Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind z.T. geschätzt und gerundet.
2 Die Reihenfolge der Auflistung ist geordnet von terroristischen Organisationen bis zu Organisationen, die auf Gewalt verzichten.
3 Weitere Organisationen, deren Mitglieder- und Anhängerzahlen im Islamismuspotenzial zu berücksichtigen sind.

Diese werden ergänzt durch die Beobachtung von Organisationen mit islamischen Hintergrund⁷⁸: Insgesamt sind die Arbeitspartei Kurdistan mit 13.000 Menschen und die türkische „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş mit 31.000 Mitgliedern die größten ausländischen Gruppen, die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen.

In wie weit sich die ca. 400 - 600 IS-Kämpfer aus den o. a. islamischen Gruppen rekrutieren, wird mit Sicherheit im nächsten Verfassungsbericht eruiert.

Wie sich die beschlossenen Waffenlieferungen und Ausbilder für den Kampf gegen die IS auswirken, wird sich erst in späteren Betrachtungen zeigen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich mehr Muslime aus den ärmeren Schichten für den Kampf eines Kalifates auf dem Gebiet von Syrien und Irak anwerben lassen.

Rechtliche Auswirkungen wie die Einschränkung der Reisefreiheit durch Vermerke in den Pässen sind auf die Dauer nicht geeignet, auch weil über eine Ausreise in das Nato-Mitgliedsland Türkei Beschränkungen ausgehebelt werden können.

Es besteht die Gefahr, dass unter dem Eindruck der jüngsten Terroranschläge in Europa die muslimische Minderheit per se eine Mitverantwortung an den Terroranschlägen in der letzten Zeit unberechtigt gegeben wird.

So wurde eine Demonstration der Pegida und ein Karnevalszug in Braunschweig⁷⁹ aus Angst vor Anschlägen von radikalen Islamisten abgesagt.

⁷⁸ Quelle: Verfassungsbericht 2013, PDF, Seite 20 und 26

Dazu muss erwähnt werden, dass der Karnevalszug abgesagt werden musste, weil er im Geiste der Pariser Anschläge einen Themenwagen fahren lassen wollte, der aus islamischer Sicht ein NOGO darstellte: Weder Allah noch Mohammed dürfen nach islamischen Recht mit Satire bedacht werden.

So reiht sich die Absage im kollektiven Bewusstsein in eine Reihe mit Morddrohungen wie z. B. das Verbot der Mozart Oper wie Idemoneo ein, obwohl es dort nachweislich keine Morddrohung gab⁸⁰.

Islamismus wird noch lange ein Thema der öffentlichen Diskussion sein, aber mit der Islamkonferenz und der Aussage der Kanzlerin, dass Muslime ein Teil Deutschlands seien, ist der aufrichtige Wunsch nach einer Integration im neuen Jahrtausend dokumentiert.

3.0 Fazit

Innerhalb Europas wird es im Rahmen der Freizügigkeit für Arbeitnehmer vermutlich zu einem Einwanderungsboom kommen, da es keine rechtlichen Beschränkungen im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit seit 2014 in der Bundesrepublik Deutschland gibt.

Europa wäre ein sinnloses Gebilde, wenn es nun nicht möglich ist nationalstaatliches Denken zu überwinden, dass die europäischen Nachbarn noch als Ausländer in den Statistiken geführt werden, kann als eine Übergangsphase zu einem Europa der Freizügigkeit der Arbeitnehmer angesehen werden.

Hier sollte auch eine werbende Integrationspolitik erfolgen, da vom Ausbildungsstand und der Kultur her wenige Probleme zu erwarten sind.

Die vier Millionen Muslime in Deutschland sind ein Sonderfall. Eine Empfehlung zur Vergrößerung der muslimischen Gemeinde in Deutschland kann nicht bedenkenlos gefordert werden.

Die Politik diesbezüglich erreichte in den 80 er Jahren ihren Höhepunkt, als Rückkehrer gesetzlich mit finanziellen Abfindungen unterstützt wurden.

Im neuen Jahrtausend gibt es redliche Bemühungen, die hier lebenden Muslime zu integrieren. Da umgekehrt die Integrationsbemühungen von den muslimischen Bürgern eher in einer Parallelgesellschaft mündeten, besteht hier noch einiger Diskussionsbedarf.

Ob in dieser Situation die Türkei jemals über den Status eines Beitrittskandidaten hinauskommt, steht in den Sternen.

Die optimale Einwanderin wäre nach dieser Studie eine junge gebildete ledige oder alleinerziehende Europäerin, die einen deutschen Mann heiraten will und Beruf wie Mutterrolle unter einen Hut bringt.

Anmerkung: Das Asylbewerbergesetz wurde in diesen Betrachtungen ausgeklammert, da es nach der Auffassung des Autors anderen gesetzlich definierten Zielen als der Einwanderung dient.

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/braunschweig-nach-absage-von-karnevalumzug-herrscht-trotz-a-1018796.html>⁷⁹

⁸⁰ <http://www.spiegel.de/jahreschronik/a-453211.html>

Quellennachweise

Wikipedia

<http://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4nderkriminalit%C3%A4t#Deutschland>
http://de.wikipedia.org/wiki/Anwerbeabkommen#cite_note-1
http://de.wikipedia.org/wiki/Aussiedler_und_Sp%C3%A4taussiedler
http://de.wikipedia.org/wiki/Beitrittsverhandlungen_der_T%C3%BCrkei_mit_der_Europ%C3%A4ischen_Union#Anerkennung_als_Beitrittskandidat_281999.E2.80.932004.29
http://de.wikipedia.org/wiki/Brandanschlag_von_Solingen
http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Islamkonferenz
http://de.wikipedia.org/wiki/Ehrenmord#cite_note-20
<http://de.wikipedia.org/wiki/Einwanderungsland>
http://de.wikipedia.org/wiki/Einwanderung_aus_der_T%C3%BCrkei_in_die_Bundesrepublik_Deutschland
<http://de.wikipedia.org/wiki/Gastarbeiter>
http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Gemeinschaften#Abkommen_C3.BCber_gemeinsame_Organe_vom_25_M.C3.A4rz_1957
<http://de.wikipedia.org/wiki/Hadith>
<http://de.wikipedia.org/wiki/Heimatvertriebene>
<http://de.wikipedia.org/wiki/Leitkultur>
http://de.wikipedia.org/wiki/Multikulturelle_Gesellschaft
<http://de.wikipedia.org/wiki/Parallelgesellschaft>
<http://de.wikipedia.org/wiki/Promiskuit%C3%A4t>
http://de.wikipedia.org/wiki/Zwangsheirat#cite_note-Spiegel_2007-8-23
<http://de.wikipedia.org/wiki/Zwangssterilisation#Bundesrepublik>

Regierung Statistik

Arbeitsagentur, Seite 5, PDF, Analyse des Arbeitsmarktes Dez. 2014
Arbeitsagentur, Seite 8, Analyse Arbeitsmarkt 2014 PDF, Mikrozensus
Bundesverfassungsgericht Urteil: 2 BvR 1436/02
http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Expertisen/kelek-expertise.pdf?__blob=publicationFile,
BMBF- <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/index.html>
<http://www.bmbf.de/de/12210.php>
Bundesinnenministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zwangsverheiratung in Deutschland – Analyse von Beratungsfallen, 2011, PDF; s:30
Bundesinnenministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zwangsverheiratung in Deutschland – Analyse von Beratungsfallen, 2011; s:2
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Tabellen/MigrationshintergrundGeschlecht.html;jsessionid=EFD2A788219D5E1BB298B5EDDEFB6411.cae1>
Deutsche Islamkonferenz: Studie Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, Seite 196, PDF, www.deutsche-islam-konferenz.de
Deutsche Islamkonferenz: Studie Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, Seite 12, PDF
Edgar Kruse, Deutsche Rentenversicherung Bund, GB 0700 Finanzen und Statistik, Bereich 0760 Statistische Analysen, datei_kruse.pdf, S. 11
http://www.insee.fr/fr/themes/theme.asp?theme=2&sous_theme=5&nivgeo=0&nivgeo=98&produit=OK
<http://www.ons.gov.uk/ons/interactive/uk-census---twin-population-pyramids/index.html>
<http://www.peterfelixschuster.de/nichttehe.htm>

Medien/Presse

<http://dti-online.de/mischehen-deutsche-tuerken-interview-sarah-carol-19712>
<http://www.derwesten.de/nachrichten/wenn-aerzte-auswandern-id3303626.html>
<http://europenews.dk/de/node/11537>
<http://www.spiegel.de/jahreschronik/a-453211.html>
<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/braunschweig-nach-absage-von-karnevalumzug-herrscht-trotz-a-1018796.html>
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/mehrheit-sieht-islam-nicht-als-teil-deutschlands-a-984708.html>
<http://www.tagesspiegel.de/politik/gleichberechtigung-fuer-homosexuelle-abschaffung-des-paragrafen-175-das-ende-der-schande/9590732.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-kopftuch-schulen-100.html>
<http://www.tagesschau.de/ausland/deutschkurse-in-der-tuerkei-ruecklaeufig-100.html>
<http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2004/03/08/a0283>
<http://www.taz.de/!59226/>
<http://www.zeit.de/politik/2014-04/ehgatten-nachzug-sprachkenntnisse-eugh-gutachten>

Sonstige

<https://www.planet-schule.de/wissenspool/zu-hause-in-deutschland/inhalt/hintergrund/gastarbeiter-im-westen-das-wirtschaftswunder.html>
Fachlexikon der sozialen Arbeit, 19797 , Herausgegeben vom deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge
Udo Jürgens, ehrenwerte Haus, 1974

Tabellen

Seite 4 ... Zensus 2011

s.8 QuelleArbeitsagentur, verkürzte Darstellung, Seite 6, PDF, Analyse des Arbeitsmarktes Dez. 2014

s. 9 Mikrozensus 2013

S. 10 Quelle: Abb1 Alterspyramide 2013 nach Migrationshintergrund, Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.2 2013

S. 11 Abb1 Alterspyramide 2013 nach Migrationshintergrund, Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.2 2013, verändert und ergänzt mit durchschnittlichen Lebensalter und Renteneintrittsalter

S. 18 Studie Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, Seite 286, Tabelle 46

S. 19 Studie Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, Seite 184, Tabelle 27

S. 20 Studie Muslimisches Leben in Deutschland, 2009, Seite 185, Tabelle 28

S 22 Zwangsverheiratung in Deutschland – Analyse von Beratungsfallen, 2011

S. 24Quelle: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Unterbeschaeftigung-Schaubild.pdf>

S. 24 Mikrozensus, Grafik der deutschen Arbeitsagentur, Seite 8, Analyse Arbeitsmarkt 2014 PDF

S. 26 Ausgewählte Daten aus dem Datenportal des BMBF-

<http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/index.html>

S. 29 Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland Jahrbuch 2013, S. 77 , PDF.

S. 29 Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland Jahrbuch 2013, S. 77, PDF

S. 31 Quelle: Verfassungsbericht 2013, PDF, Seite 20 und 26